

linkskontrovers

Diskussionsorgan von Die Linke.SDS

Dezember 2010

allein **MACHEN SIE DICH EIN!**



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

heute haltet ihr hoffentlich die letzte Ausgabe des Linkskontrovers in der Hand. Der Bundesvorstand hat dem Bedürfnis nach breiterem Austausch von Erfahrungen, Reflexion und theoretischen Diskussionen Rechnung getragen. In dieser Ausgabe findet ihr einen Beitrag für die Notwendigkeit eines ordentlichen Mitgliedermagazins, das vieles leisten kann, was das Linkskontrovers in der gegenwärtigen Form nicht leistet. Ein Konzept soll dem nächsten Bundeskongress vorgeschlagen werden.

Mit einer personell und finanziell besser aufgestellten und kontinuierlich arbeitenden Redaktion wird es künftig hoffentlich gelingen, für den Verband zentrale Themen aufzugreifen, alle Mitglieder an die Debatten im Verband anzuschließen und den praktischen und theoretischen Erfahrungsschatz, den es im SDS zweifellos gibt, allen Mitgliedern zuteil werden zu lassen.

In der vorliegenden Ausgabe liegt der Schwerpunkt auf der Ausrichtung des Verbandes für 2011: Mit dem Scheitern von Schwarz-Grün in Hamburg finden im kommenden Jahr sieben Landtagswahlen statt, die EU steckt in einer existenziellen Krise, der Krieg in Afghanistan droht sich auszuweiten, das Sparpaket der Bundesregierung wird seine zerstörerische Wirkung entfalten und DIE LINKE erarbeitet sich ein neues Parteiprogramm.

Schulen und Hochschulen pfeifen schon jetzt aus dem letzten Loch, die finanziellen Belastungen werden angesichts leerer öffentlicher Kassen weiter steigen und die Situation zuspitzen. Zigttausende Bachelors finden keinen Master-Studienplatz und stehen ohne Perspektive da. Doppelte Abiturjahrgänge und Aussetzung der Wehrpflicht werden die Zahl an Studienbewerbern in die Höhe treiben.

Die Linke.SDS kämpft zugleich gegen die Auswirkungen der Krise und gegen ihre Ursache. Für diesen Kampf gilt: „Allein machen sie dich ein“ In diesem Sinne,

viel Vergnügen beim Lesen!

Inhalt

Programmdebatte der LINKEN

- 3 **Standpunkte zur Hochschulpolitik im Programm der LINKEN**
Almut Woller, Judith Benda, Anna Lena Schnaudt

Politik, Strategie, Diskussion - Die Linke.SDS 2011

- 7 **Wo bewegt sich was?**
Bundesvorstand
- 10 **Schlaglichter 2011**
Sascha Collet, Jens Liedtke, Ben Stotz
- 15 **Auf den Campi präsent**
Florian Wilde
- 17 **Für einen radikalen Wandel der politischen Praxis**
Anna-Lena Schnaudt, Almut Woller und Andere
- 19 **Bundeskongresse zu Herbstakademien**
Malte Pennekamp
- 20 **Konzept für ein Mitgliedermagazin von Die Linke.SDS**
Simon Zeise, Oskar Stolz

Rezensionen

- 21 **Wolfgang Leonhard: „Die Revolution entlässt ihre Kinder“**
Jakob Graf
- 24 **Florian Butollo: „Rebels with a cause“**
Florian Wilde

Aus den Hochschulgruppen

- 25 **Hausdurchsuchung und Terrorismusvorwurf: Solidarität mit Frederik!**
Die Linke.SDS Heidelberg



(c) Robert Athge, flickr.com

Standpunkte von Die Linke.SDS zur Hochschulpolitik im Programmmentwurf

- ALMUT WOLLER (GESCHÄFTSFÜHRERIN), JUDITH BENDA, ANNA-LENA SCHNAUDT (MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND) -

Die Linke.SDS führt innerverbandlich eine rege Debatte über den Programmmentwurf der LINKEN. Als parteinaher Studierendenverband wollen wir die Programmdebatte der LINKEN kritisch-solidarisch begleiten. In unseren zahlreichen Diskussionen auf bundesweiten Treffen und in Gruppen kristallisierten sich immer wiederkehrende Kritikpunkte im Bezug auf den Themenkomplex Bildung und Hochschule heraus, von denen wir hier die wichtigsten herausgreifen. Als politischer Akteur an den Hochschulen möchten wir den Entwurf in 6 wichtigen Punkten weiterentwickeln.

Es geht uns an dieser Stelle noch nicht um konkrete Formulierungsvorschläge für das Programm.

1. Einordnung der Bolognareform als Herrschaftsprojekt

Zur Bolognareform - einer Schlüsselauseinandersetzung im Hochschulbereich und wesentlichen Anknüpfungspunkt für Protestbewegungen wie zuletzt dem Bildungsstreik - steht bisher gar nichts im Programmmentwurf für ein Parteiprogramm der LINKEN. Dies ist eine empfindliche Leerstelle, welche im Zuge der Programmdebatte gefüllt werden muss. Dabei kommt es nicht bloß auf die formale Nennung des Schlagworts „Bologna“ an, vielmehr ist eine konkrete Einordnung und Analyse des

Bolognaprozesses als kapitalistisches Herrschaftsprojekt gefragt, von der aus Reformforderungen wie z.B. der „Rechtsanspruch auf einen Master für alle als erster Schritt zur Überwindung des BA/MA-Systems“ bestimmt werden können.

Bei der Bewertung des Bolognaprozesses werden leider oftmals nur die mangelhafte Umsetzung kritisiert und „handwerkliche Fehler“ bemängelt. Dies betrifft sowohl den gängigen Diskurs von Jusos und sozialdemokratischen Linken, als auch die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und Hochschulrektorenkonferenz. Selbst die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft betonte lange Zeit die angeblichen Potentiale der Bolognareform, welche von links nutzbar gemacht werden sollten. Nicht zuletzt dank der vielfältigen internationalen Studierendenproteste der letzten Semester gegen die „europäische Hochschulreform“ hat sich die Debatte inzwischen weiterentwickelt. Von linker Seite wurde eine grundsätzliche Kritik an Charakter und Zielsetzung des Bolognaprozesses geäußert.

Eckpunkte dieser grundsätzlichen Bolognakritik sind:

1) Kernintention der Reform sind die Verkürzung der Ausbildungsdauer sowie die Senkung der gesellschaftlichen Ausbildungskosten.

2) Hinter der Einführung der gestuften Studiengänge und dem begrenzten Zugang zum weiterführenden Masterstudiengang steckt eine Tendenz zur De- und Entqualifizierung des Großteils der Hochschulabsolventen (Bachelor für die Masse, Master für die Elite).

3) Die Reform kann nur im Zusammenhang mit der allgemeinen neoliberalen Wettbewerbspolitik der EU verstanden werden, welche das Ziel proklamiert, Europa zum wichtigsten und dynamischsten Wissenschafts- und Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Bologna ist Teil der Lissabonstrategie und muss im Kontext derselben kritisiert werden.

4) Wesentliche Bestandteile der Reform wurden in Deutschland schon lange vor Beginn des Bologna-Prozesses diskutiert und teilweise umgesetzt (gestufte Studiengänge, Verkürzung der Studiendauer, Modularisierung, etc.) und erst hinterher mit Verweis auf die europäische Hochschulreform als angeblich alternativlos dargestellt.

5) Entgegen dem Credo der etablierten hochschulpolitischen Akteure von BMBF bis HRK und KMK gibt es Alternativen zum Bologna-Prozess. Die Protestbewegungen in unterschiedlichen Ländern forderten einhellig ein Stopp der Reform und empfinden sie als weitergehende Tendenz zur kapitalistischen Verwertung des Hochschulwesens unter dem Stichwort „Ökonomisierung“ (Bildungsstreik, Unibrennt in Österreich, Italien, usw.). In Griechenland gelang es tatsächlich durch anhaltenden Protest den Prozess aufzuhalten und die alten Studiengänge zu erhalten.

2. Studienhonorar: die Leistung von Studierenden für die Gesellschaft anerkennen

Zwei Drittel der Studierenden müssen zur Finanzierung ihres Studiums arbeiten. Das Bafög als Instrument sozialer Studienförderung wurde von den Bundesregierungen so stark abgebaut, dass heute gerade noch 16 Prozent der Studierenden unterstützt werden. Und nur ein kleiner Teil von ihnen bezieht den Höchstsatz von (neuerdings) 670 Euro, der angesichts der

Lebenshaltungskosten und der Einführung von Studiengebühren längst nicht den Bedarf der Studierenden deckt. Ein weiteres Problem des Bafög besteht im Darlehensanteil, der zur Folge hat, dass sich die BezieherInnen verschulden müssen – angesichts zunehmender Prekarisierung und sich verschlechternder Perspektiven auch in Akademikerberufen sinkt damit die Attraktivität eines Bafög-finanzierten Studiums. Es wundert nicht, dass der Anteil niedriger sozialer Schichten unter Studierenden seit Jahren sinkt.

Um dies zu ändern, setzt sich DIE LINKE für einen grundsätzlichen Wechsel in der Studienfinanzierung ein. Die Zahl der Bafög-EmpfängerInnen muss durch Anhebung der Elternfreibeträge drastisch erhöht werden. Auch die Bedarfssätze müssen erhöht und dem tatsächlichen Bedarf der Studierenden angepasst werden.

DIE LINKE fordert perspektivisch den Ausbau des Bafög hin zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung. Als Voraussetzung für die Selbstständigkeit der Studierenden, müssen diese aus ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Eltern befreit werden, die nicht selten Einfluss und Druck bei der Studien- und Lebensgestaltung ausüben.

DIE LINKE steht zur Einheit von Forschung und Lehre. Das bedeutet auch, Studierende als Forschende zu begreifen, die in einer ähnlichen Situation wie Auszubildende einen gesellschaftlichen Nutzen erbringen und daher auch Anspruch auf ein Honorar haben.

Ein solches Studienhonorar setzt eine Wende in der Steuer- und Abgabepolitik im Sinne einer Umverteilung von oben nach unten voraus (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes).

3. Bildungsföderalismus abschaffen

Aus unserer Sicht stellt der Bildungsföderalismus eine große Hürde für die Verbesserung von Studienbedingungen dar. Die Verlagerung von Kompetenzen auf die Bundesebene ist eine



wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung anderer wichtiger Reformschritte, da nur so Verbindlichkeiten für alle Hochschulen geschaffen werden.

Das Kompetenzwirrwarr und die Zurückweisung von Verantwortung seitens KMK, BMBF und HRK wirkt sich in jedem Falle nachteilig für die Studierenden aus, da Forderungen nicht zugespißt und eindeutig an Verantwortliche gerichtet werden können oder von diesen immer die Zuständigkeit zurückgewiesen wird, wie auch im Bildungsstreik mehr als deutlich wurde. DIE LINKE bezieht sich zurecht positiv auf soziale Bewegungen und sieht sich als Partnerin derselben in den Parlamenten und auf der Straße. Wenn wir eine starke und vor allem erfolgreiche Bildungsstreikbewegung in den kommenden Jahren wollen – und erneute große Proteste werden nicht ausbleiben – brauchen die Studierenden eindeutige Adressaten für ihre Forderungen. Die föderale Struktur im Bildungssystem der BRD lässt sich nicht vereinbaren mit der Forderung der LINKEN nach gleichen Lebensverhältnissen. Aufgrund des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern dürfen Bundesgelder nicht für Bildung ausgegeben werden, während gleichzeitig die Voraussetzungen für eine gute Hochschulpolitik in den Ländern höchst unterschiedlich sind. Der Bund muss mindestens die Ausfinanzierung der Hochschulen sichern, um gleiche Verhältnisse zu garantieren.

Schließlich widersprechen die Prinzipien des Wettbewerbs und der Standortkonkurrenz zwischen Ländern und Hochschulen, die von der föderalen Struktur befördert werden, den Zielen und Prinzipien der LINKEN zutiefst. Wir setzen uns ein für Solidarität statt Konkurrenzprinzip, für emanzipatorische Bildung statt betriebswirtschaftlicher Output-Orientierung. Wenn die Länder aber unter dem allgegenwärtigen Druck der Haushaltskonsolidierung stehen, bleibt der Hochschulbereich davon selbstverständlich nicht verschont.

4. Demokratisierung der Hochschule: Für eine gesetzlich verankerte studentische Interessenvertretung!

Obwohl die Studierenden an den Universitäten die größte Gruppe bilden, haben sie nach dem derzeitigen Modell der neoliberalen Hochschule eine relativ einflusslose Minderheitenposition. Die Entdemokratisierungstendenzen an den Hochschulen beschneiden die ohnehin spärlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten und verhindern eine Einflussnahme auf Lehre und Forschung über studentische Gremien. Die einzige Stimme, durch die Studierende innerhalb von Hochschule, Politik und Öffentlichkeit ihre Interessen äußern können, ist die Verfasste Studierendenschaft. Ihr als alleiniger legitimer Interessenvertretung kommt daher eine herausragende Bedeutung zu, wenn man im Hier und Jetzt für Verbesserungen kämpfen will.

Die verfasste Studierendenschaft ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlichen Regelungen unterworfen, in Bayern und Baden-Württemberg wurden sie in den 1970er Jahren sogar abgeschafft. Dies hat zur Folge, dass in den dortigen

Hochschulen nicht einmal die minimale Interessenvertretungsstruktur gegeben ist. DIE LINKE tritt daher für eine gesetzlich verankerte Studierendenvertretung mit Finanzhoheit in allen Bundesländern ein, die die Interessenvertretung der Studierenden innerhalb und außerhalb der Hochschule gewährleistet.

Um die Unabhängigkeit dieser Interessenvertretung zu sichern, ist sowohl die Finanzautonomie als auch die Satzungsautonomie unabdingbar. Da gesamtgesellschaftliche Entwicklungen erheblichen Einfluss auf das Leben der Studierenden als auch auf ihr Studium haben, können hochschulpolitische Fragestellungen nicht von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen gelöst werden. So können beispielsweise Themen wie Bafög oder die Studien- und Hochschulfinanzierung nicht hinreichend diskutiert und vertreten werden, ohne dabei allgemeinpolitische Aussagen zu treffen. Daher müssen die Kompetenzen der Verfassten Studierendenschaft vom bisherigen „hochschulpolitischen Mandat“ zu einem „allgemeinpolitischen Mandat“ erweitert werden. Ferner muss die Hürde der Mindestwahlbeteiligung bei der Wahl studentischer Gremien abgeschafft werden, da dies unserem demokratischen System widerspricht, welches eine Wahlpflicht ablehnt. Die Verfasste Studierendenschaft kann nur für alle Studierenden sprechen, wenn deren Mitgliedschaft gewährleistet wird.

5. Demokratisierung der Hochschule: Frauen auf die Lehrstühle!

Dass Gleichstellung nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen ist, zeigt sich ganz besonders in der Wissenschaft. In dieser ungebrochen männlichen Domäne versperren viele Barrieren Frauen den Weg nach oben. Dies hat zur Folge, dass noch immer eine Riesenlücke zwischen dem mehr als ausgeglichenen Frauenanteil unter den Studierenden und dem marginalen Anteil der Habilitationen klafft. DIE LINKE sieht es als ihren Auftrag an, für eine aktive Gleichstellungspolitik einzutreten und Frauen auf allen Ebenen der Wissenschaft konsequent zu fördern – auch und gerade an der Spitze der Hochschulen. Dabei setzen wir auf grundlegende Änderungen und nachhaltige Prozesse statt auf punktuelle Förderung und Symbolpolitik. Die wichtigsten Anknüpfungspunkte bilden dabei die harte Quotierung bei Berufungen, aktive Nachwuchsförderung, die Erweiterung der Forschung und Lehre zu Genderaspekten sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche es Frauen ermöglichen, auch mit Kindern wissenschaftlich tätig zu sein.

6. Keine Rüstungsforschung, für Zivilklauseln

Unsere Vision einer freien Hochschule in einer freien Gesellschaft muss sich von dem Grundsatz ableiten, dass alles Lernen und Forschen – unmittelbar und mittelbar – darauf abzielt, Menschen eine umfassende persönliche Entfaltung zu ermöglichen und ihr Leben zu verbessern, also für den Menschen zu forschen, nicht gegen ihn. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass Hochschulen niemals für die Zerstörung

von Leben und Gesundheit forschen dürfen. Die Hochschule als zentrales Organ der Wissensproduktion darf kein Wissen für die Beherrschung der Menschen hervorbringen, sondern muss im Gegenteil ihrer Befreiung dienen. Letztendlich wird dies erst im Rahmen einer freien Gesellschaft zu verwirklichen sein, in der keine Staaten existieren, die um Rohstoffe und Einflussgebiete konkurrieren müssen und auf Wissen angewiesen sind, welches die Unterwerfung und Beherrschung von Menschen erst möglich macht. Konkret bedeutet dies, dass jegliche Art von Rüstungsforschung, wehrmedizinische sowie psychologische Kriegsforschung, in einer freien Hochschule keinen Platz finden dürfen.

Wir können allerdings nicht auf die Veränderung der ganzen Gesellschaft warten, um das Lernen und Forschen in unseren Hochschulen nach humanistischen Gesichtspunkten zu gestalten. Schon im hier und jetzt können wir für Verbesserungen streiten. An den großen Universitäten wird im technisch-naturwissenschaftlichen, aber auch zunehmend im sozialwissenschaftlichen Bereich für militärische Zwecke geforscht. Die militärrelevante Forschung entzieht sich zudem der

demokratischen Kontrolle in den Hochschulen. Deshalb ist ein zentraler Punkt im Kampf gegen Kriegs- und Rüstungsforschung die sogenannte Zivilklausel. In den Parlamenten auf Landesebene kann DIE LINKE - egal ob aus der Opposition oder von der Regierungsbank - dafür kämpfen, Forschung an Hochschulen unmöglich zu machen, die für militärische Ziele betrieben wird oder dafür gebraucht werden kann. Durch die Zivilklausel, die im Hochschulgesetz des Landes oder in der Landesverfassung verankert werden muss, um für die Hochschulen tatsächlich bindend zu sein, können Kooperationen mit der Bundeswehr im Rahmen von Studiengängen und Forschungsprogrammen sowie Forschung, die für militärische Zwecke genutzt werden kann, unterbunden werden. Dazu ist es absolut geboten, dass DIE LINKE in allen Parlamenten dafür streitet, die Zivilklauseln im Landesrecht zu verankern.

Mehr zur Programmdebatte:

- ★ Alle Debattenbeiträge: www.die-linke.de/programm
- ★ Elektronische Programmdebatte: www.dielinke.liqd.net

Seminar:

Revolutionäre Realpolitik

Organisationsfrage und Strategien sozialistischer Transformation



fördererkreis
demokratischer
volks- und hochschulbildung e.v.

10.-12.12.2010
Werftpfuhl bei Berlin

www.foerdererkreis.de

Wo bewegt sich was?

Zur Debatte im Bundesvorstand über die Ausgangslage für das kommende Jahr

- BUNDESVORSTAND DIE LINKE.SDS -

Kontext

Krise, Stuttgart 21 und Castorproteste

In den Sommermonaten hatten wir uns entschieden, den Fokus auf die Krisenproteste zu richten. Die massenhaften Proteste waren kleiner als erwartet. Obwohl die Menschen real stark von den Sparpaketen betroffen sind und weder Banken noch Reiche an den Kosten beteiligt werden, ist die Protestbereitschaft - relativ gesehen - gering. Trotz der starken Propaganda vom Aufschwung herrscht weiterhin eine allgemein spürbare Unklarheit über die Krisenbewältigung. In diesem Licht erscheint die momentane Terrorismushysterie als Ablenkungsmanöver von der skandalösen Politik der Umverteilung und der Ignoranz gegenüber Protest.

Mit Stuttgart 21 haben wir einen in dem Ausmaß nicht erwarteten Protest erlebt. Ging es zunächst um alte Bäume, Bahnhofsgebäude und Geldverschwendung, hat die lokale Bewegung gegen das Milliardenprojekt doch inzwischen Fragen gestellt, die auf Grundsätzliches verweisen: „Wir wollen diesen Bahnhof nicht; wir sind eine Mehrheit, die das ablehnt - wieso bekommen wir nicht was wir wollen?“ Diese Frage wirft allmählich Folgefragen auf: Warum wird gegen uns friedliche Demonstranten gehetzt, haben wir nicht das Recht zu protestieren? Wer trifft eigentlich hier Entscheidungen - unser Wille spielt anscheinend keine Rolle? Ein Protest, der eigentlich von einem breiten und nicht radikal linken Spektrum getragen wird, wirft langsam aber sicher die Kernfragen auf, die dann auch den Demonstranten bewusst werden: Ist Demokratie nur so lange Sache des Volkes, wie sie die Wirtschaftsinteressen nicht tangiert?

Ähnlich ist der Protest gegen den Castor aufgestellt: Ein breites Spektrum wehrt sich: Nicht nur gegen die Atompolitik und die Gefahr von Atomkraft, sondern auch gegen die Missachtung des Mehrheitswillens. Dafür widersetzen sich sogar unscheinbare Bürger der Polizei (Sitzblockaden) und zeigen sich solidarisch mit den „Straftätern“, den Schotterern. Gleichzeitig wird auffällig, dass der Staat nach innen aufrüstet. Was passiert nächstes

Jahr, wenn noch mehr Menschen protestieren oder sich gar an zivilem Ungehorsam beteiligen, zumal die Polizei schon jetzt am Rande der Ressourcen stand.

Diese drei Hauptprotestbewegungen der letzten Monate unterscheiden sich auch darin, wie realistisch ihre Ziele sind.

★ Krise: Das Ziel, die Sparpakete zu stoppen oder einfach „gegen die Krise“ zu protestieren bleibt abstrakt und (zu) unerreichbar, das Ohnmachtsgefühl überwiegt

★ Stuttgart 21: die Bewegung wurde immer selbstbewusster; Transparente: „Wir stoppen Stuttgart 21“. Stein des Anstoßes war konkret und fassbar, ebenso die Ziele: Das Bauprojekt muss zurückgenommen werden

★ Castor: Das Ziel, den Castor zu stoppen war von vorneherein unerreichbar; dennoch gab es eine überwältigende Beteiligung an den Protestformen, die auch einfach „Spaß“ machten, innovativ waren und motivierten.

Und die Uni?

Nächstes Wintersemester wird ein neuralgischer Punkt sein. An vielen Orten passiert schon etwas, auf lokaler und Landesebene (Kiel, Lübeck, Sachsen, Bayern).

Doppelte Abiturjahrgänge und die Verkürzung der Wehrpflicht werden zu einem Ansturm in der Uni führen. Obendrein stehen Bachelor und Master weiter in der Kritik. Inzwischen gibt es auch Präzedenzfälle für die Einklagung in den Master. Es scheint auch in der Studierendenschaft ein wachsendes Problembewusstsein zu geben; die Situation spitzt sich spürbar zu und es wird sich über Missstände unterhalten. Die offensichtlichen Probleme sind vielleicht sogar bald stärker als die Ideologie des Durchhaltens und Sich-Anpassens.

Diese Dinge bilden gemeinsam die objektiven Bedingungen. Unsicherheit besteht, ob dies reicht, um auch in Protest an der Uni umzuschlagen. Reicht das aus? Folgende Dinge sprechen dagegen:

★ Möglicherweise schaffen es sehr viele Leute gar nicht erst in

die Uni. Es ist unklar, wie Schavan und Hochschulen das Dilemma lösen wollen, dass sie einerseits nicht das Geld zur Verfügung stellen, damit der Ansturm neuer Studis bewältigt werden kann, und andererseits dieser Ansturm aber tatsächlich kommen wird. Wird der Zugang tatsächlich so beschränkt, dass eine große Zahl gar nicht erst einen Bachelor bekommt?

★ Wenn ja, werden diejenigen, die den Konkurrenzkampf geschafft haben protestwillig sein? Wieso sollten gerade diese Studis per se streikwillig sein? Sind Leute, die es schaffen, vielleicht heilfroh und klammern sich an ihr Studium?

★ Leistungsdruck und Konkurrenzkampf sind hoch und erlauben es den Studis kaum, Zeit für Protest aufzuwenden

★ Auch bei der Krise waren die objektiven Bedingungen gut für Protest, dieser blieb aber aus.

★ Problembewusstsein ist da, aber daraus folgt nicht, dass die Leute was machen; Leute sind zutiefst durchdrungen von herrschender Ideologie

★ Unklar ist, warum die Anti-Studiengebührenbewegung in NRW so schwach war

Bildungsstreik 2011?

Kann der SDS Bewegung am Reißbrett planen? Entstehen Bewegungen nicht eher spontan? Der vergangene Bildungsstreik war stark vom SDS getragen, aber natürlich nicht alleine machbar. Können wir einen Bildungsstreik machen mit den Leuten, die es gar nicht erst in die Uni schaffen?

Ein Blick auf die Bildungsstreikbündnisse zeigt, dass die Lage von Stadt zu Stadt unterschiedlich ist: Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) hat Zulauf, ist aber nicht handlungsfähig. Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) ist oft gelähmt, leistet aber gute inhaltliche Arbeit, da ein großer

Apparat dahintersteht. Das Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (BPM) liegt brach, hat aber grundsätzlich große Ressourcen.

Oft bleibt trotz offener Probleme die einzige Schlussfolgerung: „Die Politik muss doch verstehen, dass sie bei uns nicht kürzen dürfen“. Die Ideologie des Spaltens wird nicht automatisch hinterfragt und durchschaut. Dies heißt aber nicht, dass sie nicht gebrochen werden kann, denn sie steht im Widerspruch zur Wirklichkeit. Der Bruch in der neoliberalen Ideologie ist da, aber wir müssen jeden Scheinwerfer drauf richten!

Die Studierenden scheinen gespalten und es herrscht eher ein diffuses Gefühl vor. Viele wissen nicht, was geändert werden muss, es besteht kaum Interesse an gesamtgesellschaftlichem Protest. Thema Studiengebühren: Viele lassen sich ein auf die Argumentation: „Wir wollen keine Gebühren, aber wir brauchen sie ja, weil wir uns damit abfinden müssen, dass der Staat die Bildung weniger finanziert“

Wie könnten wir einen Bildungsstreik so aufziehen, dass das Problembewusstsein umschlägt in Protest, dass das Selbstbewusstsein steigt und konkrete Ziele erreicht werden können – und wie können wir dazu mit kreativen Formen des zivilen Ungehorsams motivieren?

Welche Scheinwerfer machen wir an?

Wir stehen also einerseits vor einer totalen Hilflosigkeit der Politik – auch Bildungspolitik. Andererseits stehen wir vor einer diffus verunsicherten Studierendenschaft, die sich oft abfindet mit der Sparpolitik. Wie können wir in die existierenden und sichtbaren Brüche reinschlagen, um die Widersprüche der Gesellschaft und konkret in der Uni deutlich zu machen? Die Herausforderung ist, alle Aspekte zusammenbringen, sodass dann



Erkenntnis entsteht: Wir brauchen den Bildungsstreik 2011!

- ★ Welches Gewicht haben soziale Fragen? Aspekte sind Studienfinanzierung und Wohnungsnot. Welche Rolle spielt Kritische Wissenschaft?
- ★ Wie zieht man einen Bildungsstreik auf, sodass auch eine inhaltliche Ebene mehr zum Tragen kommt? Wie begleiten wir den Bildungsstreik diesmal mehr inhaltlich?
- ★ Ist es zielführend Einzelaspekte wie Kritische Wissenschaften reinzubringen? Oder sollen wir lieber gesamtgesellschaftlichen Kontext herausheben?
- ★ Ist es notwendig zuerst die Bewegung zu haben, bevor Einzelaspekte wie kritische Wissenschaft und Demokratisierung zum Tragen kommen können?
- ★ Müssen wir generell die Studierenden mehr nach ihren konkreten Bedürfnissen organisieren, anstatt ihnen die abstrakte, objektive Notwendigkeit von Protest vermittelt zu wollen? Was sind diese Bedürfnisse, die wir auch erfüllen können (Raum zur kritischen Reflexion, kritische Wissenschaft)?
- ★ Kann der Bildungsstreik ein bundesweiter sein oder ein regionaler oder gar lokaler?

Viele Studis sind frustriert, wenn sie erstmal in den Seminaren sind und merken, dass der Lehrplan nur an der Oberfläche kratzt. Der SDS bietet mit Lesekreisen und Angeboten Kritischer Wissenschaft eine Alternative zur Seminar-Sülze.

Campusgrün ist derzeit verstärkt aktiv im Thema Rüstungsforschung, ebenso wie gewerkschaftliche Gruppen. Dies ist ein Beispiel, wo Dinge konkret benannt werden können, skandalisierend wirken können, ein Protestziel aufweisen (Zivilklausel) und gleichzeitig auf allgemeinere Widersprüche verweisen (Militarisierung nach außen und innen, Krieg für Ressourcen und den Kapitalismus).

Wir müssen auch klar machen, dass wir nicht nur dafür kämpfen, möglichst viele Leute an die Uni zu karren – denn die Uni ist Teil des herrschenden Systems – sondern sagen, dass wir eine andere Hochschule wollen. Wir wollen Demokratisierung und wirklich kritische Wissenschaft.

Der SDS kann keinen Flächenbrand auslösen, aber wir müssen uns darauf langfristig vorbereiten. Dafür ist es nötig, sich Inhalte zu erarbeiten und einen linken Bildungsbegriff zu formulieren.

Wir haben den letzten Bildungsstreik mit viel Kraft unterstützt und gepusht. Die mediale Aufmerksamkeit aber entsprach niemals der inneren Aufstellung. Auch deshalb waren wir nicht bereit für einen Besetzungstreik.

Aus unseren Erfahrungen können wir für die Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg lernen: Zugang, Mitbestimmung, soziale Lage und Situation an den Unis, Kritische Wissenschaft: aus diesen Feldern kommt was hervor. Wir gewinnen keine Leute durch abstraktes Denken.

Unsere Vernetzung mit Azubis muss enger werden, insbesondere wenn wir gesamtgesellschaftliche Perspektiven in den Bildungsstreik reinbringen wollen. Wenn es stimmt dass die Zulassung zum Bachelor massiv eingeschränkt wird (s. o.), dann ist dort ein Protestpunkt, dann sind dort unsere BündnispartnerInnen.

Es kann auch gut sein, dass Protest sich eher lokal formieren wird. Damit wird auch die lokale Verankerung als Prinzip des SDS mehr an Gewicht gewinnen als die bundesweite Handlungsfähigkeit. Dafür brauchen wir handlungsfähige Gruppen und müssen Unterstützung von Bundesebene liefern.

Neben all den Dingen stehen die Fragen: Wird die Krise doch ein heißes Thema (momentan nur auf Länderebene, gibt es nach den Wahlen in BaWü und Berlin auch dort dann Sparpakete)? Wird der Castor auch 2011 ein Großprojekt?





Schlaglichter 2011

Zur Politik und Strategie von Die Linke.SDS im kommenden Jahr

- SASCHA COLLET, JENS LIEDTKE, BEN STOTZ (MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND) -

Mit dem vorliegenden Papier wollen wir die Debatte um die Verbandsstrategie für 2011 eröffnen und zur lebendigen und ausdrücklich kontroversen Diskussion beim Politik- und Strategieforum einladen. Hierbei stellt sich uns auch die Frage welche Themen wir 2011 besonders beleuchten wollen und auf welche Ausprägungen des neoliberalen Umbaues des Bildungswesens wir unsere politischen Scheinwerfer richten wollen, um an ihnen beispielhaft den gesamtgesellschaftlichen Bezug herzustellen und zu verdeutlichen. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit vielen Mitgliedern und Aktiven aus den Hochschulgruppen ohne den Zeit- und Entscheidungsdruk von Antragsdebatten eine intensive Diskussion zu führen und neue Ideen zu finden und alte weiterzuentwickeln. Aus untenstehenden Gründen sind wir der Auffassung, dass die Auswirkungen der Krise sich ähnlich wie in Frankreich und England auch bei uns drastisch auf unser Lebensumfeld Hochschule auswirken werden. Deshalb haben wir uns in erster Linie auf den Hochschulbereich konzentriert und andere wichtige Fragen wie z.B. der nach Demokratie, Castor und Stuttgart 21 zunächst nicht bzw. nur indirekt aufgeworfen.

Scheinwerfer I: Wie bewerten wir die Lage auf Bundesebene?

Im nächsten Jahr werden sich die derzeitigen Widersprüche der Krisenpolitik im Bildungssystem zuspitzen. Insbesondere die Frage nach Zugang zu Bildung wird sich verschärfen. Für die Bundesebene können wir einen Dreiklang an einem Mangel an Studienplätzen in Masterstudiengängen, der Aussetzung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgängen annehmen, ein Szenario das viele Probleme, aber auch großes Protestpotential birgt. Ob für alle Bachelor- AbsolventInnen Studienplätze vorhanden sind, ist mehr als unsicher, die finanzielle Mehrbelastung der Studierenden in vielen Fällen vorprogrammiert; denn inwieweit die Master- Studiengänge mit erhöhten Studiengebühren einhergehen, ist den Ländern bzw. in vielen Fällen den Hochschulen selbst überlassen. Für die Studierenden bedeutet dies gesteigerte Unsicherheit, finanzielle Belastung und zunehmende Brüche in der Lebensplanung. Es sind auch die Probleme des Bologna-Prozesses, die nun ihre volle Wirkung entfalten.

Hinzu kommt zum Wintersemester 2011/2012 eine enorme Mehrbelastung der Hochschulen durch die AbgängerInnen der achtjährigen Gymnasien, die zu diesem Zeitpunkt zum ersten mal an die Hochschulen strömen. Außerdem bringt die Aussetzung der Wehrpflicht mit sich, dass viele männliche Studienanfänger sofort an die Hochschulen anstatt zunächst zum Bund oder zum Zivildienst wechseln. Diese Mehrbelastung ist nicht nur eine kurzfristige. Das Forschungsinstitut für Bildung und Sozialökonomie errechnete aus Mitteln der Länder und des Bundes, dass bei der momentanen Entwicklung bis 2020 das Geld für etwa 700.000 Studienplätze fehlen werde. Dies wird entweder zu einer weiteren Verschlechterung der Situation oder zu weiteren Selektion an Hochschulen etwa durch NCs oder hohe Gebühren führen.

Scheinwerfer II: Wie bewerten wir die Lage auf Länderebene?

Auf Länderebene zeichnet sich eine noch schärfere Entwicklung ab. Die Schuldenbremse, die für die Länder bis 2020 ausgeglichene Haushalte vorschreibt, wirft bereits lange Schatten. Die bayerische Landesregierung sieht beispielsweise für das kommende Jahr Kürzungen in Höhe von bis zu 190 Mio. € im zuständigen Ministerium vor, eine Zahl, die angesichts der genannten zusätzlichen Belastung geradezu absurd erscheint. Ein zusätzlicher Faktor ist die offene Vorgabe der Staatsministeriums, die zwar eine Kürzung um rund 2,5 Milliarden plant, die Details jedoch zunächst nicht festlegt. Hierdurch wird eine Konkurrenzsituation geschaffen, vor der auch Proteste nicht gefeit sind und die das Potential einer Spaltung birgt, andererseits aber die Hochschulleitungen und die Studierenden intern zusammenschweißt. So fanden in vielen bayerischen Städten am 17. November gemeinsame Demonstrationen von Hochschulleitungen und Studierenden statt, insgesamt beteiligten sich über 11.000 Menschen daran. Auch weniger radikale Protestformen wie Petitionen und Protestbriefe werden von vielen Seiten unterstützt.

In Hessen müssen wegen mangelnder staatlicher Finanzierung an vielen Hochschulen massiv Stellen gestrichen werden. Mehrere Institute müssen bis zu 10 Prozent Personal im kommenden Jahr abbauen, ganze Studiengänge sind Existenzbedroht. Auf einer landesweiten Demonstration fanden sich im vergangenen Semester über 10.000 Studierende aber auch DozentInnen und MitarbeiterInnen in Wiesbaden zum Protest ein.

Auch in Baden-Württemberg gewinnt der Protest wieder an Fahrt: Dort stehen im nächsten Frühjahr Landtagswahlen an. Das landesweite Bildungstreiktreffen plant ein „Lauffeuer der Demonstrationen“ in mehreren Städten mit dem Höhepunkt einer Großdemonstration am 29. Januar in Stuttgart. Forderungen werden unter anderem die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die Durchsetzung eines kostenfreien Studiums sowie die Wiedereinführung einer verfassten Studierendenschaft sein.

Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen zeigt, dass diese Forderungen angesichts der bevorstehenden Landtagswahl

größere Chancen auf Durchsetzung haben. Im Falle eines Erfolgs in Baden-Württemberg hoffen wir auf einen „Dominoeffekt“, der die Abschaffung Studiengebühren in allen Bundesländern wieder als realistische Perspektive eröffnet. Diese Protestperspektive wird auch von den Kampagnen vom AktionsBündnis gegen Studiengebühren und dem Freien Zusammenschluss der Studentinnenschaften flankiert.

Wir befinden uns also in einer zwiespältigen Situation. Auf der einen Seite besteht Grund zur Annahme, dass sich die Studienbedingungen im nächsten Jahr enorm verschlechtern werden, auf der anderen sehen wir aber bereits jetzt erste Chancen zu einer erneuten Politisierung und Wiederaufnahme der abgebbten Protestbewegung. Daher stellt sich die Frage, wie die lokalen und bundesweiten Bündnisstrukturen wiederbelebt und gestärkt werden können. Möglichkeiten hierzu wären bspw. ein organizing-Seminar zu praktischen Tipps für Bündnisaufbau und Ideen für den Bündnisaufbau vor Ort (Aktivengruppe Mitte des Semesters gründen, frühzeitig Profs und Mittelbau lokal ansprechen) sowie ein neuerlicher Anlauf zu bundesweiten Bündnistreffen im Frühjahr, bei dem möglichst vielfältige BündnispartnerInnen gesammelt werden können.

Scheinwerfer III: Welche Perspektiven ergeben sich aus den Grundannahmen?

Die Linke.SDS steht vor der Aufgabe zu den anstehenden Bildungskürzungen sowie zu aktuellen und zukünftigen Protesten Stellung zu beziehen. Um die Debatte um eine Positionierung sinnvoll und zielgerichtet zu führen, bieten wir im Folgenden vier Thesen an, die alle zur Disposition stehen.

1. Die ErstsemesterInnen-Flut bietet Potential

Die erste Annahme folgt aus der zu erwartenden Flut von ErstsemesterInnen an die Hochschulen im „kritischen“ Wintersemester, sprich: im Oktober 2011. In Niedersachsen und Bayern gehen in diesem Semester die doppelten Abiturjahrgänge an den Start, ein Jahr später folgen schon Berlin, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bremen. Insgesamt fehlen in den nächsten 5 Jahren 500.000 Studienplätze. Wir nehmen an, dass die überdurchschnittlich vielen StudienanfängerInnen ein größeres Potential zur Wiederaufnahme der Widerstandsbewegung bietet. Im Fall eines tatsächlichen „Wiederaufflammens“ wird es wichtig sein, von Anfang an handlungsfähig und vorbereitet zu sein, um auch in Zukunft den Bildungstreikenden als antikapitalistischer und lokal verankerter Verband zur Seite zu stehen. Die politische Ausrichtung des SDS könnte sich deshalb langfristig am Wintersemester 2011/2012 orientieren:

Doppeljahrgänge bei Anfängern (G8 Jahrgänge und Wegfall Zivildienst) einerseits aber auch keine Masterplätze für viele Studienabgänger bei gleichzeitig zu erwartender Arbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung im Kontext der Krise.

2. Bildungstreik ist Krisenprotest

Wir gehen davon aus, dass die Proteste zu den Bildungskür-

zungen nicht im luftleeren Raum betrachtet werden können, sondern nur im Kontext einer verfehlten Krisenbewältigung zu verstehen sind. Die Formel „Tschüss Krise, Hallo Aufschwung XXL“ ist ideologisches Blendwerk, das sich nur vordergründig an der Realität messen lassen kann. Die scheinbare Erholung ist der Anfang einer Kürzungswelle, die in den nächsten Jahren nicht nur den Bildungssektor, sondern vor allem den Sozialstaat betreffen wird. Hintergrund für diese Prognose ist vor allem die angekündigte „Schuldenbremse,“ nach der zukünftig jedes Jahr 10% Einsparungen vorgenommen werden sollen. In diesem Zusammenhang sind die Kürzungen auf Länderebene, aber auch die mangelnde Ausfinanzierung des problematischen Jahrgangs 2011/2012 zu sehen. Es wäre daher trügerisch, die Bildungstreikbewegung als isolierten Selbstzweck zu betrachten, der das gesellschaftliche Umfeld ausklammert. Stattdessen muss die konkrete Zusammenarbeit und praktische Solidarität mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vorangetrieben werden, um z.B. gemeinsam mit Lehrenden, dem akademischen Mittelbau und prekären WissenschaftlerInnen zu einer gemeinsamen Protestperspektive zu kommen, die über bloße Solidarisierung hinausgeht.

Auch der Protest um scheinbar „lokale“ Probleme wie Stuttgart 21 zeigt: treten die Protestierenden erst einmal in Konflikt mit herrschenden Strukturen, so stellen sich weitergehende Fragen nach den Demokratie- und Machtverhältnissen insgesamt. Diese Zusammenhänge klar zu machen, ist eine der originären Aufgaben eines sozialistischen Studierendenverbandes, zu denen auch zählt, materialistische Gesellschaftsanalyse in Beziehung mit der Wirklichkeit zu setzen.

3. Ziviler Ungehorsam als Ausdruck des Widerstandes

Vieles deutet darauf hin, dass sich nicht nur die politische Lage verschärft, sondern damit auch die Berührungangst mit Aktionsformen des zivilen Ungehorsams sinkt. Wir haben im letzten Jahr mindestens drei politische Konflikte erlebt, die allesamt den Schritt vom Protest zum Widerstand gegangen sind, im Detail: die erfolgreiche Blockade des Nazi-Aufmarschs in Dresden (Februar), die Zur-Wehr-Setzung gegen den Umbau des Bahnhofs in

Stuttgart (den gesamten Sommer) und die offenen Aufrufe zum Castor-Blockieren und -Schottern (Oktober/November). Alle drei haben gemeinsam, dass im Vergleich zu ehemaligen Ausdrucksformen von Widerstand und zivilem Ungehorsam nicht nur eine größere Menge von Menschen, sondern auch eine viel heterogenere Bevölkerungsgruppe aus allen Schichten und Milieus angesprochen wurde. Vor allem das Beispiel „Stuttgart 21“ und die Castorproteste zeigen deutlich, dass Protest und Widerstand in der öffentlichen Wahrnehmung längst keine Sache von einigen wenigen Radikalen sind, sondern eine breite Basis finden können. Das bedeutet eine langfristige Diskussion um Formen des Widerstandes und eine Aktionsform des zivilen Ungehorsams zu finden, die die Bildungskürzungen in einen Kontext mit den Auswirkungen der Krise setzt. Mit der Aktion „Banküberfall“ haben wir diesen Brückenschlag schon einmal versucht, dieser muss in Zukunft noch vertieft und ausgebaut werden. Es geht darum, mit Aktionen nicht nur auf Missstände hinzuweisen, sondern gleichzeitig gesellschaftliche Zusammenhänge zu illustrieren.

4. Die Linke.SDS ist dabei ein wichtiger Akteur

Wir als Die Linke.SDS können sowohl bei der bundesweiten Wiederaufnahme der Bildungsproteste als auch bei der Umsetzung von Formen des zivilen Widerstandes einen wichtigen Teil beitragen. Denn zum einen sind wir als sozialistischer Verband seit drei Jahren Bestandteil der Bewegung und können bundesweit schnell auf Veränderungen reagieren. Auch haben wir eine fortschrittliche Oppositionspartei hinter uns, auf die wir im „Ernstfall“ zurückgreifen können. Zum anderen waren viele von uns bereits im letzten Jahr Teil des Bildungsstreikes, so dass in unserem Verband ein reicher Erfahrungsschatz schlummert, der nur noch abgerufen werden muss. Wir müssen uns aber auch fragen, wie diese Erfahrungen für die Zukunft nutzbar gemacht werden können, wie wir uns weiter qualifizieren können, wo bisher unsere Schwächen lagen und was wir als Die Linke.SDS tatsächlich erreichen konnten. Dieser Diskurs muss selbstkritisch und ehrlich geführt werden, nur so können wir unseren eigenen Ansprüchen gerecht werden und (auch) zukünftig antikapitalistische Ansätze in die Bewegung hineinragen. Auch muss weiter-



führenden Schritten eine ordentlich Analyse der vergangenen Proteste vorangehen, in der wir nicht nur uns sondern auch die Gesamtbewegung in allen ihren Aspekten verstehen lernen.

Die Erfahrung der letzten Studierendenkonferenz hat gezeigt, dass Die Linke.SDS Einfluss auf die Weichenstellung der Bildungsproteste haben kann. Natürlich bedeutet das nicht, den Alleinvertretungsanspruch zu haben oder gar „am Reißbrett“ festlegen zu können, wohin die zukünftigen Entwicklungen gehen werden, dies kann gar nicht unser Anspruch sein.

Scheinwerfer IV: Welche Perspektiven für Proteste ergeben sich in 2011?

Gehen wir von diesen Grundannahmen aus, so folgt daraus, dass es einer Entscheidung unsererseits und einer Konzentration der Kräfte bedarf, die die Proteste im nächsten Jahr zu einer erneuten Bewegung werden lassen kann. Die alles entscheidende Frage lautet also zunächst: Wollen wir dass die Unis wieder brennen? Und welche Rollen können wir dabei spielen?

1. Systemischen Kontext herstellen!

Nehmen wir an, dass die Bildungsproteste tatsächlich einen Teil der Krisenproteste darstellen, so kann für uns daraus nur eines folgen: der Auftrag, diesen Zusammenhang öffentlich klarzustellen und unsere Analyse progressiv zu vertreten. Die hinter der Bildungsmisere stehenden sozialen Konflikte sind nach unserer Ansicht keine spezifisch hochschulpolitischen, sondern ziehen sich als Risse durch unsere gesamte Gesellschaft und werden entsprechend, teilweise unter der Oberfläche, von allen Teilen der Bevölkerung wahrgenommen, in der sichtbaren Form der Krisenbewältigung durch die schwarz-gelbe Regierung. Nur wenn die argumentative Lücke zwischen Krisenbewältigung und Bildungskürzungen geschlossen wird, kann auch der Spalt zwischen der öffentlichen Meinung und den studentischen Interessen geschlossen werden. Die Gefahr der Isolation der Proteste ist in Zeiten von Krise und deren staatlichen Bewältigung nicht automatisch hinfällig sondern möglicherweise größer denn je. Das Beispiel Bayern zeigt: staatliche Instanzen befördern – bewusst oder unbewusst – ein Konkurrenzverhältnis der verschiedenen sozialen Felder (materialisiert in Ministerien), das sich im Extremfall in Neid und Missgunst ausdrücken kann. Dieser Gefahr im Vorfeld entgegenzuwirken ist eine argumentative Herausforderung, auf die wir uns bereits jetzt einstellen müssen. Besondere Beachtung müssen dabei SchülerInnen, Auszubildende und Lehrpersonal finden, die in der letzten Protestwelle zwar oft gleichberechtigt angesprochen wurden, in der realen Umsetzung jedoch oft wenige Identifikationsmöglichkeiten fanden. Zudem müssen unbedingt weitere Aspekte wie Verteuerung des Wohnraums oder Debatten um Kindergeld und LehrerInnenausbildung in die Debatte eingebracht werden. In vielen Punkten besteht in den Verbänden und Bündnissen ein großes Kompetenzdefizit, das in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften abgebaut werden muss.

Eine enge Zusammenarbeit mit der Linksjugend [solid] und

Gewerkschaftsjugendverbänden ist in diesem Fall sehr ratsam. Gerade was die Bündnisarbeit betrifft, ist eine mögliche Orientierung auf Besetzungstreik behutsam zu behandeln – die Argumentation hierfür muss auf befreundete Verbände angepasst und die genaue Ausformung von Anfang an abgestimmt werden. Ein besonderes Augenmerk muss hierbei auf die gewerkschaftlich organisierte Linke und insbesondere auf die Angestellten an der Hochschule gelegt werden.

2. Breite Basis schaffen!

Mit diesem Ziel eng zusammenhängend ist der derzeitige Stand des zivilen Ungehorsams im öffentlichen Diskurs, der zwar für unsere Belange relativ positiv verläuft, aber immer noch nicht endgültig entschieden ist. Für die bevorstehenden Proteste heißt das, einen Mittelweg zwischen quasibürgerlichen Strategien und radikalen, isolierenden Argumentationslinien zu finden. Der Protest muss sich eine Basis schaffen, die darauf abzielt, Wachstumspotential zu befördern statt mit ideologischen Grabenkämpfen auszuschließen. Unsere gesamtgesellschaftliche Argumentationsstruktur und teils radikale Methodenwahl darf deswegen nicht dazu führen, dass die Bewegung zu einer dogmatischen, exklusiven Kleinbewegung wird, die sich noch eher mit sich ihren eigenen Positionen anstatt mit realen Tendenzen beschäftigt. Auch hierzu ist eine tiefgehende Diskussion über reale Veränderungsmöglichkeiten sowie eine ehrliche Debatte über teilweise ideologisch besetzte Methoden wie etwa dem Konsensprinzip nötig; das Ziel heißt hierbei: Einbindung von möglichst vielen kritischen Geistern in den Widerstand, ohne die Einbuße eines klaren politischen Profils. Theorie und Aktion sind keine klar trennbaren Sphären, sondern Teile einer Gesamtstrategie, die sich weder auf blinde Mobilisierung noch auf undurchschaubare Theoriegebäude beschränken lassen darf, sondern beide Komponenten sinnvoll in eins bringen muss. Was vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund als „Aufklärung in der Aktion“ bezeichnet wurde, kann in diesem Sinne weiterentwickelt werden. In anderen Worten: Aufklärung kann nicht durch Aktion vermittelt werden, sondern muss mit der Aktion und den aktiven Menschen in Interaktion treten.

3. Widerstand befördern!

Glaubt man zudem der Annahme, dass der massenhafte Zustrom an die Unis das Eskalationspotential erhöht, darf eine Diskussion um Formen des aktiven Widerstands an den Hochschulen nicht ausgespart werden. Wir haben bereits im letzten Jahr gesehen, dass es für eine breite Besetzungswelle in ganz Deutschland und Österreich gar nicht der Anstrengungen bedarf, die man vielleicht angenommen hatte.

Im Klartext bedeutet das für uns, dass wir den Zenith dieser Entwicklung als Chance sehen können, eine größere Entschiedenheit in den Protest zu tragen. Das Ziel eines Besetzungstreiks mag zwar als ambitioniert bezeichnet werden, ist aber keineswegs völlig unrealistisch. Im Unterschied zur Hörsaalbesetzung werden bei einem Besetzungstreik alle Gebäude bestreikt, bis der komplette Lehrbetrieb mit Blockaden an den Eingängen

bzw. mit fliegenden Streikposten lahmgelegt ist. Erst ein solcher Besetzungstreik ermöglicht es, Workload und Prüfungsstress auszuschalten, damit alle Studierenden aktiv an der Bewegung teilnehmen können. Man hätte so die Möglichkeit mehr Menschen zu hierbeintegrieren und den Druck auf Unileitung und Politik deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig entsteht so auch der Freiraum, Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Blockaden und Besetzungen durchzuführen (siehe England). Der Beschluss eines Besetzungstreiks muss gut vorbereitet sein, weil er nur funktionieren kann, wenn die Mehrheit hinter ihm steht. Dafür ist auch wichtig, dass allen klar ist, wo und wie die Entscheidung zum Vollstreik bestätigt oder auch revidiert werden kann: Auf den Vollversammlungen. Natürlich dürfen wir uns aber nicht auf den Besetzungstreik als einzig denkbare Mittel des Widerstandes beschränken. Die Diskussion um neue, vehementere Aktionsformen muss zu jedem Zeitpunkt offen geführt werden. DieLinke.SDS muss sich dabei als Teil einer breiten Bewegung verstehen, zur derer wichtigsten Voraussetzung es gehört, flexibel zu bleiben. Unsere Bestrebungen könnten dahin gehen, auf das Wintersemester nicht kurz vorher, sondern bereits langfristig hinzuarbeiten, sprich: Debatten zu führen, Positionen zu erarbeiten, Strategien zu entwickeln um im Ernstfall gewappnet zu sein.

4. Ressourcen bereitstellen!

Hierfür muss Die Linke.SDS nicht nur als Plattform zur Verfügung stehen, sondern den Diskurs und dessen Umsetzung aktiv befördern und dafür einstehen. Das bedeutet, Zeit auf bundesweiten Treffen zur Verfügung zu stellen, eigenes Material zu produzieren oder personell auf eine Beteiligung an Vernetzungstreffen etc. eingestellt zu sein. Auch die Bündelung von Wissen und Erfahrungen kostet einiges an Energie und Zeit, muss aber für eine erfolgreiche Weiterführung der Proteste als Voraussetzung gesehen werden. All dies können wir nicht nebenher leisten, diese Entscheidung bedarf also einer Entscheidung, die selbstverständlich nicht vom Bundesvorstand entschieden werden kann, sondern in die bundesweiten Treffen getragen und in letzter Konsequenz natürlich vom Bundeskongress bestätigt werden muss.

Inhaltliche Ressourcen, die unser Verband frühzeitig bereitstellen könnte:

- ★ Streikgründe Broschüre
- ★ Broschüre AG KriWi
- ★ Strikeguide mit:
 - ★ Historische Erfahrungen von Protestbewegungen seit 1968 und die Rolle von Studierenden darin
 - ★ Aktuelle Erfahrungen der Proteste der letzten Jahre

- ★ Auswertung und Übersetzung der vergangenen Proteste in praktische Umsetzungsvorschläge und Leitlinien für kommende Formen des Widerstands

- ★ Referatsleitfäden
- ★ ReferentInnen-Pool
- ★ Nullnummer Mitgliedermagazin mit konkreten Erfahrungen und theoretischen Beiträgen

Möglicher Zeitplan und Aufgaben

Um die vor uns liegenden Aufgaben angemessen bewältigen zu können, ist es unabdinglich, zeitnah einen konkreten Plan zu fassen und diesen dann so weit wie möglich auch durchzuhalten. Genauer bedeutet das, einen Fahrplan für das kommende Jahr zu verfassen und uns die Frage zu stellen, was von uns noch geleistet werden muss.

1. Bundeskongress von Die Linke.SDS vom 14.-16. Januar in Regensburg

- Aussprache und Beschlussfassung zu den Schwerpunkten 2011

- ★ Evtl. Beschlüsse zu konkreten Aktionen/Maßnahmen/Material
- ★ Erweiterung des Fahrplans um weitere wichtige Stationen

2. Bundesweites Bildungstreikbündnistreffen Ende März

- ★ Beteiligung aus möglichst vielen Städten und Bündnissen, langfristig eingeladen
- ★ Austausch zu Perspektiven 2011
- ★ Mögliche Projekte und Ideen von anderen/ Bildungstreikkongress im SommersemesterSe, z.B. am 17. Juni 2011

3. Landtagswahl in Baden-Württemberg und Bildungstreikproteste

- ★ Intervention in Zusammenarbeit mit Landesverband BaWü und Bildungstreik BaWü
- ★ Eigenes Material, Mitwirkung bei Aktionen

4. Seminar/Praxiswerkstatt der AG KriWi und der RLS zu einem linken Bildungsbegriff

- ★ im Sommersemester 2011
- ★ Humboldt?, Praxisbezug?, SDS Denkschrift, andere linke Theorien

5. WiSe 2011

UNIBRENNT-Aktionstag/-zeit und Proteststart

Auf den Campi präsent

Der sozialistische Studierendenverband will an den Unis linke Ideen stark machen

- FLORIAN WILDE (BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER) IM DISPUT VOM OKTOBER 2010 -

Knapp eine halbe Million Studierende beginnen diesen Winter ihr Studium an einer deutschen Hochschule. In Hamburg kommen die ersten Doppeljahrgänge an die Unis. Sie sind Vorboten einer Entwicklung, die sich vor allem ab 2011 dramatisch bemerkbar machen wird. Dann werden sich bei gleichbleibend geringem Lehrangebot doppelt so viele Studierende wie bisher in den Unis drängeln. Absehbare Folgen: überfüllte Seminare, noch schlechtere Betreuung und noch schwierigere Wohnungssuche für die »Erstis«. Aber auch ohne Doppeljahrgänge erwartet die Erstsemester eine oft schwierige Situation: ungenügendes Lehrangebot, volle Seminare, Studiengebühren an vielen Orten, ein extrem verschultes, stressiges und kaum zu bewältigendes Studienpensum unter den Bedingungen von Bachelor und Master - von kaum noch vorhandenen kritischen Lehrinhalten ganz zu schweigen.

Zugleich ist es eine spannende Generation, die nun an die Hochschulen stürmt: Viele von ihnen waren als Schüler/innen in den großen Bildungsstreiks 2009/10 aktiv. Es ist also eine Generation, die bereits einiges an politischer Erfahrung und widerständigem Potenzial mit sich bringt.

Als Die Linke.SDS wollen wir versuchen, zu Beginn des Semesters bundesweit auf den Campi präsent zu sein und neuen wie auch älteren Studierenden das Angebot zu machen, sich politisch zu organisieren, um den Verhältnissen nicht mehr vereinzelt gegenüberzustehen. Wir wollen durch das Verteilen unserer Semesterzeitung »critica« versuchen, linke Ideen an der Uni stark zu machen. Mit Info-Tischen wollen wir Studierende zu Vorstellungsabenden des SDS und zu öffentlichen

Diskussionsveranstaltungen einladen. Wir wollen sie aber auch fragen, ob sie mit uns zu den Castor-Transporten oder Protesten gegen Sozialabbau fahren wollen und ob sie nicht mit uns gemeinsam für Alternativen zum kapitalistischen System kämpfen wollen.

Der sozialistisch-demokratische Studierendenverband Die Linke.SDS entstand noch vor der Gründung der LINKEN am 5. Mai 2007. Hervorgegangen ist er aus verschiedenen Strukturen: PDS-Hochschulgruppen, ehemaligen Jusos, attac-Campus-Aktivist*innen, einheitsorientierten Trotz*innen, Gruppen aus dem Netzwerk linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen LIRA. Mittlerweile haben wir an ca. 40 Hochschulen aktive Gruppen.



Mit dem neuen SDS wollen wir etwas aufbauen, was es seit über 20 Jahren an deutschen Unis nicht mehr gab: einen bundesweit handlungsfähigen und zugleich lokal verankerten sozialistischen Studierendenverband. Von diesem Ziel noch ein ganzes Stück entfernt, sind wir doch einige Schritte auf diesem Weg bereits gegangen. Im Vergleich etwa zum ehemaligen PDS-Hochschulgruppenetzwerk stellt Die Linke.SDS sicher einen großen Fortschritt an

politischer Handlungs- und Interventionsfähigkeit dar.

Man kann den SDS als inhaltlich antikapitalistisch, in der Praxis bewegungsorientiert und dabei parteinah beschreiben.

„Antikapitalistisch“ meint dabei, dass wir aktiv zur Überwindung des kapitalistischen Systems beitragen wollen. Dabei ist

der systematische Einsatz für eine Re-Etablierung kritischen und marxistischen Denkens unter den Studierenden eines der Kernthemen des SDS. Wir sehen uns mit einer Hochschullandschaft konfrontiert, in der solches Denken im Zuge der neoliberalen Hegemonie der letzten Jahrzehnte weitgehend eliminiert worden ist und in offiziellen Lehrplänen kaum noch auftaucht. Dem versuchen wir eine selbst organisierte Bildungsarbeit entgegenzusetzen: von großen Kongressen über Seminare und Veranstaltungen mit linken Inhalten bis hin zur Publikation von Broschüren. Die AG Kritische Wissenschaften im SDS versucht, kritische Einführungen in unterschiedlichste Fachbereiche (von Geschichte über Sinologie und Psychologie bis Jura) zu erarbeiten.

„Bewegungsorientiert“ bedeutet, dass wir soziale Bewegungen und gewerkschaftliche Kämpfe für zentrale Hebel einer sozialistischen Transformation halten. In Bewegungen machen Menschen wichtige Erfahrungen von Selbstorganisation, Solidarität und Kollektivität, die sie in Widerspruch zu den bestehenden Verhältnissen bringen und sie offen für sozialistische Ideen machen. Wir haben uns daher sehr stark in den Bildungsstreiks engagiert, beteiligen uns an der Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden, an den Protesten gegen die Sparpakete und waren bereits 2007 gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm aktiv. Dabei versuchen wir, in Bewegungen als wahrnehmbare sozialistische Organisation aufzutreten und Menschen ein Organisationsangebot über die spontane Beteiligung an Bewegungen hinaus zu machen. Bewegungsorientierung steht dabei für uns keineswegs im Widerspruch zur Mitarbeit in den Gremien studentischer Selbstverwaltung (Asten, Studierendenparlamente, Fachschaften), im Gegenteil.

Die Linke.SDS ist zwar politisch unabhängig, versteht sich aber ausdrücklich als parteinah mit einem kritisch-solidarischen Verhältnis zur LINKEN. Die Universitäten befinden sich nicht im luftleeren Raum, denn die Probleme im Studium spiegeln die Probleme unserer Gesellschaft. Grundlegende Veränderungen der Hochschulen und der Gesellschaft gehören zusammen. DIE LINKE ist die einzige relevante demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland. Keine Strategie progressiver und emanzipatorischer Veränderung kommt momentan an ihr vorbei. Darum beziehen wir uns ausdrücklich auf DIE LINKE, wobei aber weder die Mitgliedschaft in der Partei noch ein Interesse an ihr Voraussetzung für die Mitarbeit im SDS sind. DIE LINKE war uns immer wieder ein wichtiger Bündnispartner bei der Vertretung studentischer Interessen. Auch wenn sich die Mehrheit unserer Aktiven sicherlich ziemlich weit links verortet, versteht sich der SDS ausdrücklich als ein pluraler Studierendenverband, nicht als strömungspolitische Kampforganisation.

Die Partei hat ihrerseits ein vitales Interesse an einem starken SDS. Oft schneidet sie bei Wahlen unter Studierenden eher unterdurchschnittlich ab. Akademiker sind auch zukünftig wichtige Multiplikatoren für linke Politik. Und sie können eine wichtige Rolle im Kampf um eine linke Hegemonie in der Gesellschaft spielen. Wir wünschen uns daher zu gegenseitigem Nutzen eine aktive Unterstützung von Die Linke.SDS auf Bundesebene wie auch vor Ort. Dort, wo es noch keine Gruppen von Die Linke.SDS gibt, sollte ihre Gründung durch Parteistrukturen forciert werden.



Für einen radikalen Wandel der politischen Praxis

- ANNA-LENA SCHNAUDT (REGENSBURG, BuVo), ALMUT WOLLER (LEIPZIG, GESCHÄFTSFÜHRERIN),
ERNESTO KLENGEL (HU BERLIN), FELIX HELLEMANN (FU BERLIN), FRIEDRIKE BENDA (POTSDAM,
BuVo, EHEM. GESCHÄFTSFÜHRERIN), JAKOB GRAF (FU BERLIN), JANA WERNER (LEIPZIG, EHEM. BuVo),
JOHANNA SYRÉ (FU BERLIN), JUDITH BENDA (HU BERLIN, BuVo), JULIA DÜCK (HU BERLIN, BuVo),
MATHIAS WITTCHEN (HU BERLIN), SANDER FUCHS (FU BERLIN), STEFFI CZEDIK (MÜNSTER) -

*“Tu kam zu Meti und sagte: Ich will am Kampf der Klassen teilnehmen. Lehre mich. Meti sagte: Setz dich! Tu setzte sich und sagte: wie soll ich kämpfen? Meti lachte und sagte: Sitzt du gut? Ich weiß nicht, sagte Tu erstaunt, wie soll ich anders sitzen? Meti erklärte es ihm. Aber, sagte Tu ungeduldig, ich bin nicht gekommen, sitzen zu lernen. Ich weiß, Du willst kämpfen lernen, sagte Meti geduldig, aber dazu musst du gut sitzen, da wir jetzt eben sitzen und sitzend lernen wollen. Tu sagte: wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz: wenn man nach Genuss strebt, wie soll man da kämpfen? Meti sagte: Wenn man nicht nach Genuss strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?”
(Bertolt Brecht, Buch der Wendungen)*

Der SDS ist als politischer Akteur inzwischen angekommen und hat sich einen Namen erarbeitet. Man fing an, dem SDS eine Praxis nach Innen und nach Außen zu geben. Auf dem letzten BuKo haben wir uns das Ziel gesetzt, viele Leute für politische Arbeit im SDS zu begeistern. Unsere gegenwärtige politische Praxis ist aber nicht Produkt einer kollektiven Diskussion und Reflexion und nicht das Ergebnis einer gemeinsamen Erarbeitung. Um das zu ändern, brauchen wir dringend eine gemeinsame Debatte innerhalb des Verbandes. Mit diesem Diskussionspapier und den darin angedeuteten Alternativen, wollen wir eine Debatte darüber beginnen, wie eine andere Verbandspraxis aussehen könnte.

Um eine solche Strategie nicht im luftleeren Raum zu entwickeln, brauchen wir eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Wo sind derzeit die aufbrechenden gesellschaftlichen Widersprüche, die wir thematisieren können, um mit Studierenden um uns herum Kritik, Widerstand und Alternativen entwickeln zu können? Nicht allein der SDS steht vor dieser Frage, vielmehr stellt sich die Frage für die gesamte Linke. Für

uns ist eine Analyse der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die wir gemeinsam entwickeln, wichtig. Ausgehend von dieser Analyse wollen wir die gesellschaftlichen Konfliktlinien und Widersprüche verstehen, um davon abgeleitet eine Strategie und politische Praxis zu entwickeln, mit der sich möglichst alle identifizieren können.

Bevor wir uns also in die nächsten großen Projekte und Kampagnen stürzen und einen Fahrplan für 2011 entwerfen, sollten wir uns also die Zeit nehmen unsere bisherige politische Praxis kollektiv zu reflektieren und kritisch auszuwerten.

Kritische Reflexion der eigenen politischen Strategie und Praxis

Problemanalyse

Als Grundlage einer kritischen Reflexion der eigenen Praxis stellen wir uns die Frage: Was für eine politische Strategie haben wir bisher verfolgt und welche Auswirkungen hatte dies auf unsere politische Praxis?

Unsere These ist, dass unsere gegenwärtige politische Praxis, Fragen der individuellen und kollektiven Bedürfnisbefriedigung nicht berücksichtigt. Dadurch ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen unserer politischen Praxis und den eigenen Bedürfnissen. In unserer politischen Praxis arbeiten wir entlang der Einsicht in die abstrakte Notwendigkeit für gesellschaftliche Veränderung. Dabei erscheinen Leistungsdruck, Konkurrenzkampf, Profilierung Einzelner oder Klüngel und Vorabsprachen für unsere Arbeit aus vordergründiger Effizienz notwendig. Kampagnen werden nicht kollektiv erarbeitet und ergebnisoffen diskutiert, sondern in intransparenten, informellen Diskussionszusammenhängen hegemonial gesetzt. Arbeitsteilung vollzieht sich entlang rein organisatorischer und inhaltlich-konzeptioneller Aufgabenbereiche, Veranstaltungen werden oft unter Zeit-

druck geplant. Elitäres und autoritäres Verhalten, das sich aus einem unberechtigten Überlegenheitsgefühl entwickelt und sich in zugespitzter Form in einem „Ich bin aber revolutionärer als du“-Stil äußern kann, tritt gehäuft auf.

Diese politische Praxis entspricht weder unseren eigenen Bedürfnissen noch unserer Zielvorstellung nach einem demokratischen, partizipativen, feministischen und kollektiv arbeitenden Verband. Menschen bringen sich aber nur aktiv in eine politische Organisation ein und identifizieren sich langfristig mit dieser, wenn sie tatsächlich die Möglichkeit haben, die politischen Projekte nicht nur nachzuvollziehen und daran teilzunehmen, sondern diese aktiv mitgestalten und mitbestimmen können. Darüber hinaus muss politische Praxis auch persönliche Bedürfnisse ansprechen und befriedigen, Emotionalität berücksichtigen und die eigene Persönlichkeit weiterentwickeln können.

Dabei spielen viele Fragen eine wichtige Rolle: Sind wir aktiv im SDS aus der Einsicht in die abstrakte Notwendigkeit für gesellschaftliche Veränderung, die aus subjektiver Erfahrung von Unterdrückung resultiert oder sind wir aktiv im SDS, weil wir dadurch auch Bedürfnisse befriedigen wollen, die außerhalb des SDS unbefriedigt bleiben? Oder einfacher formuliert: Organisieren wir Veranstaltungen, weil das objektiv sinnvoll wäre oder weil wir daraus einen persönlichen Gewinn für uns und als Gruppe ziehen? Was erwarten wir, wenn wir zu wöchentlichen Gruppentreffen gehen und als Gruppe vor Ort aktiv sind? Was erwarten wir von unserer politischen Arbeit? Wie können Strategien in einem demokratischen Prozess kollektiv entwickelt werden? Ist es notwendig politische Teilhabe zu Gunsten von Interventionsfähigkeit aufzugeben? Können Strukturen geschaffen werden, die Demokratie und Transparenz gewährleisten, die Entscheidungsfindungsprozesse für alle nachvollziehbar machen und jederzeit die Möglichkeit zur Partizipation an diesen gewährleisten?

Unsere gegenwärtig vorherrschende politische Praxis und eine subjektive oder kollektive Bedürfnisbefriedigung schließen sich nicht notwendig und auch gegenwärtig nicht immer aus. Wir stellen uns aber eine Gruppen- und Verbandspraxis vor, in der wir versuchen dieses Spannungsverhältnis, soweit es geht strukturell und konsequent aufzulösen.

SDS als Alternative

Wir haben den Anspruch, dass der SDS uns einen Raum gibt, in dem wir Alternativen zu dem entwickeln können, was wir tagtäglich in der Uni erleben: Solidarität statt Konkurrenz, kritische

Wissenschaft statt Herrschaftswissenschaft, eigene Perspektiven und Strategien entwickeln anstatt Vorgaben zu konsumieren, gegenseitige Unterstützung statt Leistungsdruck, gemeinsame Weiterentwicklung statt Profilierung Einzelner, und vielleicht auch einfach Spaß haben an politischer Arbeit.

Wir sollten unsere Arbeit regelmäßig darauf überprüfen, dass dieser Anspruch und die eigene Praxis sich nicht zu weit auseinanderentwickeln. Die SDS-Gruppen sollten versuchen, schon jetzt ein Gegenmodell zum Hochschulalltag zu praktizieren, anstatt Leistungsdruck und Konkurrenz lediglich im sozialistischen Anstrich zu reproduzieren. Was bringt es uns, für eine andere Gesellschaft in 200 Jahren zu kämpfen, wenn wir bis dahin die gleiche Arbeitsweise praktizieren, die uns die kapitalistische

Leistungsideologie aufdrängt und unter der wir alle leiden – Frauen wie Männer? Oder anders gefragt: Was hindert uns eigentlich daran, schon jetzt eine andere Arbeitsweise zu praktizieren?



Wenn wir einen nachhaltigen Verbandsaufbau anstreben wollen, müssen wir ermöglichen, dass mehr AktivistInnen des SDS teilnehmen können an Diskussionen um Strategie, Schwerpunkten und Verbandsprojekten. Wenn das nicht gewährleistet wird, wird sich eine Asymmetrie verfestigen zwischen jenen, die die Möglichkeit, die Erfahrung und die Zeit haben, Strategien, Analysen und Kampagnen zu entwickeln und jenen, die dies nicht können, zum Beispiel aus Zeitmangel oder aus Schwierigkeiten sich in Diskussionen wortgewandt auszudrücken, was auf mangelnde Erfahrung zurückgeführt werden kann. Eine Kluft wird sich erweitern zwischen jenen, die die Verbandspolitik aktiv gestalten

und jenen, die sie lediglich nachvollziehen und umsetzen. Diskussionen über die Strategie und politische Praxis können nicht nur auf wenige bundesweite Treffen beschränkt bleiben, sondern müssen zu einem organischen Prozess innerhalb der Gruppen- und Verbandspraxis werden, um eine tatsächlich kollektive, permanente, kritische Reflexion der eigenen vorherrschenden Praxis zu entwickeln. Das Hinterfragen der politischen Praxis sollte von der individuellen, zur gruppenbezogenen, über die regionale bis zur bundesweiten Ebene praktiziert werden.

Für einen feministischen SDS

Die Fragen und Ansätze, die in diesem Papier aufgeworfen werden, können nicht abgekoppelt von der Frage nach einem feministischen Verband betrachtet und diskutiert werden. Oder anders formuliert: Der Anspruch ein feministischer Verband zu sein, hat sich bisher auch auf Grund der in diesem Papier aufgeworfenen Punkte nicht erfüllen können. Das Spannungs-

verhältnis zwischen unserer politischen Praxis und individueller und kollektiver Bedürfnisbefriedigung, zwischen Demokratie und Strategie innerhalb des Verbandes, die Frage nach der persönlichen Motivation zu politischer Organisation und das Einbeziehen möglichst vieler SDS-Aktiven in die Findung und Gestaltung der politischen Projekte, betreffen SDS-Frauen nochmal in besonderer Art und Weise. Das mag vielleicht nicht auf den ersten Blick erkennbar sein, denn es sitzen doch 50 % Frauen im Vorstand, wir haben eine Geschäftsführerin, auch übernehmen Frauen Verantwortung und spielen eine wichtige Rolle in unserer politischen Arbeit. Wenn es jedoch um die Frage der Macht und Möglichkeit wirklicher Teilhabe und Gestaltung geht, wird schnell deutlich, dass die „relevante Politik“ nicht von Frauen, sondern vielmehr von einem Männerklüngel gemacht wird. Lasst

uns im Hier und Jetzt, im SDS, Sexismus und Unterdrückung gegenüber Frauen aktiv bekämpfen. Wir müssen wegkommen von Mackertum und Chauvinismus.

Fazit: Fragen statt Antworten

Mit diesem Beitrag wollten wir weniger Antworten liefern als Fragen aufwerfen und vor allem für einen Wandel unserer politischen Praxis plädieren, die wir aber noch gemeinsam entwickeln müssen. Dennoch können wir nicht beim bloßen Nachdenken und Diskutieren stehen bleiben. Wir können die Emanzipation als die Aufhebung der Entfremdung nicht bis nach der Revolution vertagen, sie muss als ein Prozess begriffen werden, der hier und heute seinen Anfang nimmt!

Bundeskongresse zu Herbstakademien!

Plädoyer für politische Diskussion statt Abstimmungsdemokratie

- MALTE PENNEKAMP (DIE LINKE.SDS JENA) -

Vom 22.9. bis zum 26.9. diesen Jahres fand bei Fulda die Herbstakademie unseres Verbandes statt. Es gab massig Lesefutter, Lektüreworkshops, Podien und verschiedenste Diskussionsrunden zu unterschiedlichsten Themen. Die Herbstakademie bot nicht nur allen die Gelegenheit, sich weiter zu bilden sondern auch Raum für den Austausch zwischen den Gruppen und die Diskussion über Verbandsinterne Themen. Diese Mixtur bringt den Verband tatsächlich voran. Kontakte zu anderen Gruppen können aufgebaut werden, Aktionsideen kopiert werden, ein gemeinsames politisches Verständnis kann sich entwickeln, Lösungsansätze für Probleme im Verband diskutiert werden.

Vom 18.6. bis 20.6. dieses Jahres fand in Berlin der sechste Bundeskongress unseres Verbandes statt. Neben den Formalia wie Wahlen standen auch elf Anträge zur Diskussion und Abstimmung. Diese Antragsdemokratie bringt verschiedene Probleme mit sich. Zum einen bleibt für inhaltliche Diskussion nur wenig Zeit. Außerdem können Änderungen nur selten durch Diskussion konsensfähig gemacht werden sondern werden in aller Regel

durch Abstimmung von Änderungsanträgen erzwungen. Zum anderen ist die Bedeutung von Anträgen fragwürdig. Wäre es verboten gewesen, einen Reader zu Rosa Luxemburg zusammenzustellen, wenn der Bundeskongress den Antrag A3 abgelehnt hätte?

Das Hauptproblem bei Anträgen ist aber, dass sie mehr spalten als versöhnen. Der Antrag A5 zum Nahostkonflikt auf dem letzten Bundeskongress ist ein gutes Beispiel dafür. Obwohl in unserem Verband bei diesem Thema eigentlich keine unvereinbaren Extrempositionen aufeinandertreffen, gab es eine hitzige Debatte und hochzufrieden mit Verlauf und Ergebnis konnte am Ende wohl niemand sein. Wie so oft bei Themen, die nicht ohnehin selbstverständlich sind, wie Unterstützung der LiMa oder Nazis blockieren in Dresden, stand am Ende ein ziemliches Flickwerk. Anträge, Änderungsanträge und Kampfabstimmungen machen keinen Spaß. Die Herbstakademie bot hingegen die Gelegenheit zu Lektüre und gemeinsamer Debatte. Spannende Diskussionen in entspannter Atmosphäre sind immer besser, egal ob es um Praxis oder Theorie geht.

Die Praxis bei der Linksjugend [solid] zeigt, dass ein Bundesverband mit einem Bundeskongress im Jahr funktionieren kann. Der Bundesverband der Linksjugend [solid] ist nicht arbeitsunfähig und der Verband an sich auch nicht undemokratisch, weil man sich auf Bundesebene nur einmal im Jahr trifft. Statt in jedem Semester einen Bundeskongress abzuhalten, sollten wir in jeder Vorlesungsfreien Zeit eine Akademie durchführen. Mehr Raum und Zeit für alle Mitglieder des Verbandes sich über ihre Basisgruppe hinaus mit Aktionsideen und Theorie zu beschäftigen bringt unseren Verband mehr voran als Auseinandersetzungen zwischen Delegierten.

Für ein SDS-Mitgliedermagazin

- OSKAR STOLZ, SIMON ZEISE (MITGLIEDER IM BUNDESVORSTAND)-

Wir wollen einen weiteren Schritt gehen im Die Linke.SDS. Unsere Basisgruppen werden größer und machen inhaltliche Großveranstaltungen. Vieles von dem, was die Gruppen vor Ort leisten, kommt auf der Bundesebene nicht an. Im Gegenzug entwirft auch der Bundesvorstand Kampagnen und Strategien, die auf dem Weg in die Hochschulgruppen versanden. Und auch unsere Massenzeitung „critica“ bildet keine organische Verbandsperspektive ab. Das kollektive Gedächtnis des linke.SDS hat sozusagen noch eine Schraube locker. Wir wollen sie festziehen.

Der kollektive Verbandswille

Es ist nicht einfach, bundesweite Projekte erfolgreich durchzuführen. Wie sind die Basisgruppen aufgestellt? Beschäftigt sich die Mehrheit mit Lesekreisen, oder arbeitet sie aktionistisch?

Die Praxis theoretisch zu begreifen, ist ein schwieriger Prozess. Für einen bundesweiten Verband noch komplexer, als für eine einzelne Gruppe. Von einer bundesweit organisierten Redaktion eines Theoriemagazins kann ein Impuls ausgehen. Hier können sich Mitglieder unseres Verbandes zusammenschließen, um Debatten anzustoßen.

Wir wollen einen Prozess in Gang setzen, in dessen Verlauf weite Teile des Verbands sich selbst befähigen zu schreiben. Wenn wir einen Raum schaffen, indem bundesweit Analysen und Strategien durchexerziert werden, wird es uns gelingen einen kollektiven Verbandswillen auszudrücken. Das heißt, wir sprechen bundesweit Themen an, die von der Masse der Mitglieder gesetzt wird. Erfolgreiche Veranstaltungen, Konzepte, Ideen und Strategien werden breit im Verband diskutiert.

Praktisches Mittel der Demokratisierung

Ein Mitgliedermagazin kann die Demokratisierung des Verbandes voranbringen. Dadurch, dass es ein Bindeglied zwischen Bundesebene und Basisgruppe bildet, wird es möglich an der breite des Verbandslebens und seiner Diskussionen teilzuhaben. Durch die Anbindung im Bundesvorstand, in Kombination einer offenen Redaktion, deren Aufgabe es ist durchs Land zu tingeln, um den kollektiven Verbandswillen aufzuspüren, wird eine demokratische Struktur geschaffen.

Durch ein Mitgliedermagazin schaffen wir auch eine höhere Identifikation mit dem Verband. Derjenige, der seine Position

einem Bundesverband zur Diskussion stellen kann, wird ins Verbandsgeschehen eingebunden. Er nimmt aktiv am Meinungsprozess teil und trägt zu Diskussionen bei, die später zentrale Kampagnen anstoßen. Antonio Gramsci vertrat die Auffassung, dass es für die Entwicklung einer fortschrittlichen Gesellschaft gewinnbringender ist, eine Masse dazu zu bringen, das gegenwärtig Wirkliche zusammenhängend und einheitlich zu denken, als dass ein philosophisches Genie eine neue Wahrheit entdeckt.

Gesellschaftliche Praxis durch gesellschaftliche Analyse

Solange es uns nicht gelingt, Strategien zu entwickeln, die von der Verbandsmehrheit entwickelt werden, verschleißen wir Kräfte und nutzen zu wenig von unserem intellektuellen Potenzial. Außerdem müssen wir intensiver darüber beraten, welche Themen den Studis unter den Nägeln brennen und an welchen gesellschaftlichen Brennpunkten wir ansetzen können.

Zwar ist es noch Zukunftsmusik, doch ist es ein wichtiger Bestandteil sozialistischer Praxis an den Unis, kritische Wissenschaften einzufordern. Um zu diesem Ziel zu gelangen, müssen wir beginnen, die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind theoretisch einzuordnen. Wenn uns das gelingt und die Breite des SDS davon überzeugt und in der Lage ist, in der politischen Auseinandersetzung diesen Kollektivwillen zu vertreten, schaffen wir eine Renaissance kritischer Wissenschaften an den Unis und ein Klima der politischen Nonkonformität.

Konkret

Das Magazin soll zunächst einmal im Semester erscheinen. Wir setzen einen Schwerpunkt und garnieren ihn mit Rezensionen und Berichten aus den Gruppen. Ein wichtiges Element der Redaktionsarbeit ist die Aneignung linker Texte. Der historische SDS radikalisierte sich auch dadurch, dass er marxistische Literatur zusammenstellte und diskutierte, die in Deutschland schlicht nicht da war. Zudem wollen wir unsere politische Praxis reflektieren. Unsere unterschiedlichen Erfahrungen in der täglichen Gruppenpraxis, im Bildungsstreik, im Lesekreis, oder beim allwöchentlichen „die-in“: wenn Du darüber schreibst, setzen es viele um.

Wolfgang Leonhard – „Die Revolution entläßt ihre Kinder“

Am 15. März 1949 hätte er in der SED-Parteihochschule eine Vorlesung halten müssen. Im großem Hörsaal saßen die Kursanten mit Notizblöcken vor sich und warteten auf den Dozenten. Sie warteten vergebens. Wolfgang Leonhard war nach Jugoslawien geflohen.

- JAKOB GRAF (SDS/DIE LINKE.FU BERLIN) -

Der autobiographische Roman von Wolfgang Leonhard beginnt spannend. Im Jahre 1935 flieht er mit seiner Mutter vor den Nazis über Schweden nach Russland. Er ist gerade dreizehneinhalb Jahre alt. Seine Mutter, eine ehemalige KPD-Funktionärin, musste ihren Kampf gegen die Nazis im Berliner Untergrund aufgeben. Doch auch in Moskau wird das Leben nicht einfach. Sie leiden unter Armut und Wohnungsnot. Eineinhalb Jahre nach der Ankunft in Moskau fällt die Mutter einer der ersten großen stalinistischen Säuberungswellen zum Opfer. Nach ihrer Verhaftung durch das NKWD verschwindet sie für zwölf Jahre in verschiedenen Lagern. Die russische Massenzeitung „Prawda“ titelt: SPIÖNE, VERÄCHTLICHE MIETLINGS DES FASCHISMUS, VERRÄTER DER HEIMAT - ERSCHIESST SIE! und meint damit Millionen von unschuldig verhafteten, die aufgrund von manchmal kleinsten Versprechern als Verräter der Revolution gebrandmarkt und in Lager gesperrt werden. Im ganzen Land geht die Angst um. Jeder und jede fürchtet sich, den Verhaftungen zum Opfer zu fallen. Die Angst die das Land zu dieser Zeit ergreift, vergisst auch der junge Wolfgang sein Leben lang nicht mehr. Am Ende wird sogar einer seiner gleichaltrigen besten Freunde verhaftet. Mit ihnen erfährt er eine linientreue sowjetische Erziehung in einem Kinderheim. Obwohl er in jeder Hinsicht überzeugt vom richtigen Weg der Sowjetunion ist, erzeugen die Verhaftungswelle und der darauf folgende Hitler-Stalin-Pakt gewisse Zweifel. Doch versucht er die stalinistische Politik immer wieder zu rechtfertigen und holt sich dafür Rat bei Freunden. Die gewissen Zweifel an der richtigen Politik bei Einzelproblemen bei gleichzeitig vollständiger Überzeugung von der grundsätzlichen Richtigkeit der Sowjetunion bilden den Zwiespalt, in dem sich Wolfgang immer wieder befindet. Doch nicht nur er, alle Menschen mit denen er zu tun hat beschäftigen sich mit der aktuellen Politik. Die Gesellschaft scheint vollständig „politisiert“ zu sein. Den Zwiespalt zwischen Zweifel und grundsätzlicher Zustimmung kennen

viele. Nur selten aber werden die „politischen Bauchschmerzen“ im kleinen verborgenen Kreise angesprochen.

Obwohl sich die Beziehungen zum deutschen Faschismus kurzzeitig verbesserten und der Anti-Faschismus in der Sowjetunion schon begraben schien, beginnt der Überfall Hitler-Deutschlands auf Russland. Wolfgang ist mittlerweile Student und gerade mitten in seinen Prüfungen. Anfangs scheint alles nicht so schlimm, doch schon bald müssen alle Deutschen Moskau verlassen. Sie werden in Züge gesteckt und weit in den Osten gefahren. Irgendwo, in eisiger Kälte endet die Zwangsumsiedlung. Sie kommen bei Bauern unter, schlafen auf dem Fußboden, frieren und hungern. Durch Glück trifft Wolfgang dort auf einen alten Komsomol-Genossen. Auf vielen Irr- und Umwegen schafft es Wolfgang seinem Elend zu entkommen und eine Stelle in einem Lehrinstitut zu bekommen. Doch bald schon erreicht ein geheimnisvolles Telegramm das Institut. Wolfgang muss wieder fort.

Ab hier beginnt ein völlig neues Kapitel in Wolfgangs Leben. Er wird an die Kominternschule geholt um dort zum Funktionär ausgebildet zu werden. Aus sämtlichen Ländern werden hierher junge Menschen geholt um ausgebildet zu werden, in ihren Heimatländern den „Sozialismus“ aufzubauen. Sie lernen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, „dialektischer und historischer Materialismus“, die Geschichte der Internationale und die Deutschen unter ihnen eben die deutsche Geschichte. Doch schon nach neun Monaten endet auch hier der Aufenthalt Wolfgangs. Stalin löst die Kommunistische Internationale auf. Ein großes Erstaunen geht um die Welt. Will er sich annähern an die – sich abzeichnenden – Siegermächte (USA und England)? Sollen die Revolutionen in anderen Ländern nicht mehr forciert werden? Man erinnerte sich an den Schwur Stalins am Grabe Lenins: „Wir schwören dir, Genosse Lenin, dass wir unser Leben nicht scho-

nen werden, um den Bund der Werktätigen der ganzen Welt, die Kommunistische Internationale, zu festigen und zu erweitern!“ Doch die Menschen in der Sowjetunion und insbesondere die Parteifunktionäre, sind es gewohnt sich auf ein plötzliches radikales Umschwenken einzustellen. Das scheint sowieso typisch für den Stalinismus im Bezug auf die Parteifunktionäre: Das Wichtigste ist es, völlig glaubhaft von einem Moment auf den anderen seine eigene Meinung zu ändern, um sie der offiziellen Linie anzupassen.

Nach dem Ende der Komintern kehrt Wolfgang nach Moskau zurück, um dort für das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ zu arbeiten. Seit der Zeit in der Kominternschule lernt Wolfgang immer mehr das Leben eines privilegierten Parteifunktionärs kennen. Die materiellen Bevorzugungen der höheren Funktionäre ist eklatant. Es gibt Gebäude mit unterschiedlichen Speisesälen, in denen je nach Ranghöhe verschiedenes Essen serviert wird. Es gibt besondere Hotels, Autos und Verpflegungspakete (Pajoks) die den Funktionären zukommen. Besonders stark drückt sich der Unterschied in der Kriegszeit aus, in der die breite Masse hungert und die Parteibonzen in verhältnismäßigem Luxus schwelgen.

Kurz bevor Wolfgang seine Arbeit beim Nationalkomitee aufnimmt, wo er die sowjetische Propaganda in Deutschland mitgestaltet, half er bei der Gestaltung eines ehemaligen Kominternarchivs mit. Dort stößt er unter sämtlichen amerikanischen Zeitungen auf eine die sein Interesse besonders weckt: *The Militant*. Eine trotzkistische Zeitung in der über die Sowjetunion geschrieben wurde. Ihre antistalinistische Haltung unterschied sich stark von der westlicher, bürgerlichen Medien. Westliche bürgerliche Medien fand man in der Sowjetunion meist sehr leicht. Trotzkistische Literatur war jedoch in der Sprache den sowjetischen Schriften ähnlich. Hier werden Probleme angesprochen und Lösungsansätze erwähnt, die dem Stalinismus gefährlicher waren als jede noch so ausgefeilte bürgerliche Kritik. Letztere wurde selbst von kritischen Parteifunktionären verächtlich beiseite geschoben. Doch das ähnliche theoretische Fundament der trotzkistischen Schriften ergaben die Möglichkeit, im Denken einen Keil zwischen Marxismus und Stalinismus zu schieben. Der oftmaligen Vermutung vieler Parteifunktionäre, dass der Stalinismus in vieler Hinsicht im direkten Widerspruch zum eigentlichen Marxismus stünde, wurde hier offen begründet und theoretischer Boden geliefert.

Mit Ulbricht und einer Reihe von Funktionären fliegt Wolfgang im April 1945 nach Berlin. Die Sowjetisch besetzte Zone (SBZ) Deutschlands wird zu dieser Zeit von der sowjetischen Armee



Wolfgang Leonhard (geb. 1921 in Wien) war während der Zeit des Nationalsozialismus Flüchtling in der Sowjetunion und später Mitglied der Gruppe Ulbricht. Leonhard floh 1949 aus der SBZ nach Jugoslawien.

verwaltet. Die Aufgabe, die der Gruppe Ulbricht von Moskau gestellt wurde, besteht zunächst einmal darin, in Berlin (und Umgebung) eine möglichst neutral aussehende Verwaltung aus deutschen Anti-FaschistInnen aufzubauen. Berlin ist ein entscheidendes Pflaster, hier muss alles möglichst „demokratisch aussehen“ ohne die Macht aus den Händen zu geben. Auf Berlin schaut die Welt – und insbesondere die Siegermächte – nach dem Sieg gegen das faschistische Deutschland. Bei der Suche nach fähigen Leuten, werden deutsche KommunistInnen und Anti-FaschistInnen von der Gruppe Ulbricht ausgewählt und eingesetzt. Alles was nicht der Kontrolle der Gruppe Ulbricht oder der sowjetischen Armee unterliegt, wird verboten. Insbesondere viele selbstorganisierte antifaschistische Komitees, die in ihren Stadtteilen den Wiederaufbau beginnen.

Die Kommunisten der – im Osten – neu gegründeten KPD lassen sich jedoch oftmals nicht alles gefallen. Am wenigsten gehorchen anfang noch die alten SPDler, die durch den Zusammenschluss zur SED unter sowjetische „Kontrolle“ geraten. Am Ende zählt in der Regel Ulbrichts Wort, er hat die Armee im Rücken. Die berliner KommunistInnen, die SozialdemokratInnen und viele sowjetische Funktionäre erwarten zu dieser Zeit jedoch noch den angekündigten besonderen deutschen Weg. Sie hoffen darauf, dass der Sozialismus in Deutschland nicht den selben Weg geht, wie der russische. Diese Hoffnung wird ihnen jedoch mit der zunehmenden Sowjetisierung genommen. Ab Ende 1946 wird innerhalb der SED immer offener die Bindung an die Sowjetunion be-

tont. Die Entstehung der DDR scheint in dieser Erzählung allen Hoffnungen heutiger Linken in der DDR wenigstens einen guten Anfang oder gute Ansätze zu sehen, zuwiderzulaufen. Die DDR erscheint als Projekt einer Gruppe Ulbricht. Kaum etwas von damals scheint für uns, als heutige SozialistInnen, noch irgendwie interessant zu sein.

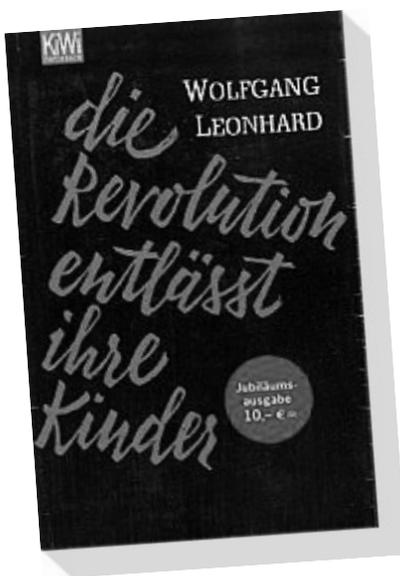
Doch das Buch lässt die LeserInnen nicht mit dieser traurigem Vermutung zurück. Wolfgang reist nach Jugoslawien und lernt dort einen anderen sozialistischen Versuch kennen. Vielleicht etwas zu positiv schildert der Autor die dortigen Erfahrungen. Die Menschen seien freier, selbstständiger und ungezwungener. 1948 sagt sich Jugoslawien unter dem Titoismus von der Sowjetunion los. Ihr besonderer jugoslawischer Weg zum Sozialismus wird von Moskau nicht länger akzeptiert. Jugoslawien entscheidet sich für die Trennung statt für die Unterordnung. Viele Funktionäre in der DDR hoffen in den darauf folgenden Tagen darauf, dass sich die SED positiv auf den Titoismus bezieht, doch verbreitet der Parteivorstand eine andere Stellungnahme: „Der Parteivorstand stellt fest, daß auch in der SED falsche „The-

orien“ über einen „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus vorhanden sind ... Der Versuch, einen solchen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus konstruieren, würde dazu führen, das große sowjetische Beispiel zu mißachten.“ Wolfgang verliert dadurch seine letzte Hoffnung auf einen Sozialismus in der SBZ. Er arbeitet mittlerweile an einer SED-Parteihochschule. Dort beginnt er heimlich Tito-Materialien zu verteilen.

In diesen Tagen gelingt es ihm auch über verschiedensten Kontakte, eine Freilassung seiner Mutter zu erwirken. Ihre erste Begegnung findet in Berlin statt. Seine Mutter äußert sich entschieden: Die Sowjetunion ist kein sozialistisches Land! Kurz darauf fliegt Wolfgang auf. Seine Sympathien mit Jugoslawien muss er in einem berüchtigten Verfahren rechtfertigen, der „Kritik und Selbstkritik“. Diese Methode des Verhörs war ihm schon aus der Sowjetunion bekannt. Ein halbes Dutzend Funktionäre verhören dort auf äußerst penibel einen Abtrünnigen und überführen ihn dem Verrat an der Revolution. Durch sein hohes Ansehen als in der Sowjetunion ausgebildeter Funktionär gelingt es Wolfgang jedoch, seine Verhaftung zu verzögern. Er flieht nach Jugoslawi-

en. „Auf der gegenüberliegenden Häuserwand sah ich die Bilder von Marx, Engels und Lenin. Stalins Bild fehlte. Mein Leben unter dem Stalinismus war beendet.“

Was können wir als SozialistInnen aus diesem Buch lernen? Zunächst kann man aus der besonderen Perspektive eines hohen Funktionärs viele Einsichten über die Entstehung und Struktur der DDR gewinnen. Daneben kann uns die Lektüre einige Eindrücke zu Fragen über den sogenannten Stalinismus geben: Wie funktioniert die Herrschaft in einem Land, in dem das Eigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist, über das jedoch faktisch eine Minderheit herrscht? Wie kann ein solcher Apparat funktionieren? Wie denken die Funktionäre, die aktiven Subjekte eines solchen Apparats? Wichtig wären dann die anschließenden Fragen: Warum entwickelt sich nach einer breiten bäuerlichen und proletarischen Revolution ein solcher Apparat? Liegt es am darauf folgenden Bürgerkrieg? An der ökonomischen Rückständigkeit? An der bolschewistisch-leninistischen Parteistruktur? Können wir uns schon heute so organisieren, dass so etwas nicht passieren kann? Oder lag alles doch nur an der Person Stalin?



Wolfgang Leonhard: „Die Revolution entlässt ihre Kinder“

Erschienen: 1954

Taschenbuch, 697 Seiten

Verlag: Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010.

ISBN: 3462034987

Preis: 10 Euro

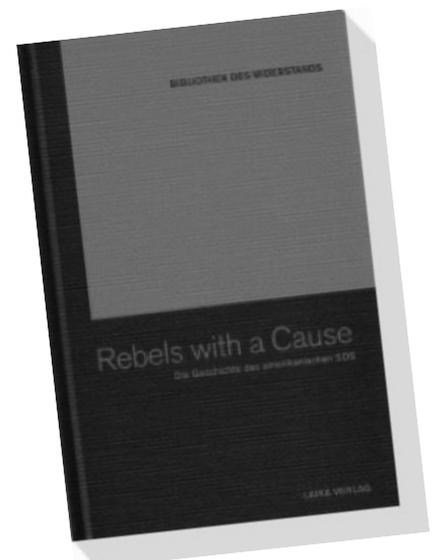
Florian Butollo: „Rebels with a cause. Die Geschichte des amerikanischen SDS.“

DVD mit gleichnamigem Film von Helen Garvy (englisch, 106 Min.).

Gebunden, 120 Seiten

Verlag: Laika-Verlag, Hamburg 2010.

Preis: 19,90 Euro



„Aktion und Strategiediskussion“

Die „Bibliothek des Widerstandes“ erinnert an die US-amerikanische Studentenrebellion

- FLORIAN WILDE IM ND VOM 4.11.2010 -

Mit „Rebels with a cause“ über den US-amerikanischen SDS liegt nunmehr bereits der fünfte Band der jüngst von Karl-Heinz Dellwo, Willi Baer und Carmen Bitsch gegründeten „Bibliothek des Widerstandes“ vor. Wie alle der in dieser auf rund 100 Bände angelegten Reihe bisher erschienenen Bücher ist auch dieses ansprechend und aufwendig gestaltet sowie reich illustriert. Die „Bibliothek des Widerstandes“ ist ein multimediales Projekt: Allen Büchern liegt eine DVD mit thematisch passender filmischer Zugabe bei. Geboten wird eine umfassende Dokumentation linker Bewegungen seit 1967 in Ton, Bild und Schrift.

Florian Butollo zeichnet die Entwicklung der Students for a Democratic Society (SDS) von einer kleinen Gruppe mit 200 Mitgliedern (1960) zur »größten und einflussreichsten studentischen Bewegungsorganisation aller Zeiten« mit bis zu 100 000 Mitgliedern in den späten 60ern nach. Im Fokus der Betrachtung steht die Frage nach der gegenseitigen Beeinflussung der Organisation und der Protestbewegungen der 60er Jahre sowie das sich wandelnde Selbstverständnis und die sich verändernden Strategien des SDS. In seinen Anfängen war dieser eine radikaldemokratisch ausgerichtete Gruppe. Den verknöcherten Strukturen der US-amerikanischen Gesellschaft stellten die Studenten ihre Forderung nach einer partizipativen Demokratie entgegen. Ihr Anspruch war, als „multi-issue-organization“ verschiedene Protestbewegungen zusammenzuführen.

Ein wesentliches Mittel, um ihre Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen und politischen Druck zu erzeugen, waren Aktionen des zivilen Ungehorsams, gleich jenen von der Bürgerrechtlerin der Schwarzen erfolgreich angewandten. Die SDSler engagierten sich in den Bewegungen gegen Rassismus, Armut und den Krieg der USA in Vietnam. Sie waren es, die im April 1965 in Washington die erste Demonstration gegen den »schmutzigen Krieg« in Indochina organisierten. Mit 20 000 Teilnehmern übertraf der Erfolg alle Erwartungen und verschaffte dem SDS nationale Bekanntheit. Bald radikalisierte sich eine ganze Generation über den Protest gegen den Krieg. An nahezu jeder Hochschule fanden Veranstaltungen, sit-ins und Demonstrationen statt. Die häufig repressiven Reaktionen von Hochschulleitungen und Polizei entfremdeten immer mehr junge Menschen von den Institutionen der Gesellschaft und führten zu heftiger werdenden Auseinandersetzungen. Tausende schlossen sich nun dem SDS an und veränderten die Organisation kulturell und politisch.

„Kiffen statt Askese; Aktion statt Strategiediskussion; Rock'n'Roll statt klassischer politischer Theorie ...“ Die Subkultur der Sixties hielt Einzug in die Organisation. Politische Einstellungen wurden immer mehr eins mit persönlicher Rebellion und Lebensstil, schreibt Butollo. Die neuen SDSler brachten einen anti-hierarchischen Impuls ein und stellten damit auch den Sinn einer koordiniert agierenden Organisation in Frage. Die Bewegung wuchs aus sich und über sich selbst heraus.

1967 demonstrierten bereits eine halbe Million Menschen gegen den Krieg, Hunderttausende rebellierten an den Universitäten und Schulen, in den Schwarzen-Ghettos, aber auch in bürgerlichen Vierteln gegen »das System«. Dieses antwortete mit brutalen Polizeieinsätzen, die viele Tote forderten, sowie mit der Entsendung weiterer Soldaten nach Vietnam. Diese Erfahrungen ließen für viele SDSler bald wieder systematische Organisation und Koordination von Aktionen sowie politische Strategien für gesellschaftliche Veränderungen wichtig erscheinen. Die globale Revolte von 1968 führte zu einem weiteren Wachstum und einer zunehmenden Radikalisierung der Organisation, deren Anhänger sich immer mehr als Revolutionäre begriffen. Die auf Selbstemanzipation der Arbeiterklasse abzielende Theorie des klassischen Marxismus spielte aufgrund der Passivität der Arbeiter in der amerikanischen Wohlstandsgesellschaft und dem Fehlen eigener marxistischer Traditionen kaum eine Rolle. Orientiert wurde auf eine Allianz der radikalen Jugend, der Schwarzen und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Personenkult, Sektierertum und Dogmatismus sowie die Entkopplung der Strategie von eigener Erfahrung, so Butollo, führte schließlich zur Spaltung des SDS in verschiedene Gruppierungen, von denen viele ein extremes Avantgarde-Verständnis propagierten und eigene Wege des bewaffneten Kampfes gingen.

Butollo ist eine spannende Darstellung der Geschichte des SDS gelungen. Er befasst sich vor allem mit der Frage nach dem Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, der Rolle politischer Theorien und dem Verhältnis zwischen Organisation und Bewegung - Fragen, vor denen auch heutige Linke stehen. Die Aktualität des Themas wird auch durch den Fakt unterstrichen, dass in den letzten Jahren mit einem neuen SDS in den USA und DIE LINKE. SDS in Deutschland wieder relevante Studierendenorganisationen entstanden sind, die sich bereits in ihrer Namensgebung an die Tradition der 60er Jahre anknüpfen.

Hausdurchsuchung und Terrorismusvorwurf: Solidarität mit Frederik!

- DIE LINKE.SDS HEIDELBERG -

Am Morgen des 27. Oktober 2010 wurde die Wohnung unseres Genossen Frederik in der Heidelberger Altstadt von der Polizei zwei Stunden lang durchsucht. Ihm wird absurderweise vorgeworfen, er habe einen Sprengsatz bauen und zünden wollen:

„Nach den Ermittlungen der Polizeidirektion Heidelberg [...] ist der Beschuldigte, der der linksextremen Szene nahe steht, verdächtig, [...] unter anderem Wasserstoffperoxid sowie Salpetersäure und Zyankalipulver gekauft und übernommen zu haben.“

Die Staatsanwaltschaft nimmt an, er habe bisher nur aus dem Grund, dass ihm eine bestimmte Chemikalie noch fehlte, bisher keinen Bombenanschlag verübt:

„Seinem vorgefassten Tatplan entsprechend fertigte der Beschuldigte [...] einen Gegenstand an, von dem er annahm, er stelle einen Sprengsatz dar, welchen er auch zünden wollte. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch, weil eine für die Herstellung eines funktionierenden Sprengsatzes erforderliche Chemikalie fehlte...“

Es ist unnötig zu sagen, dass Frederik niemals vorhatte, einen Sprengsatz zu bauen oder gar damit Menschen zu verletzen. Wer ihn kennt, kann daran keinen Zweifel haben.

Zudem wird er beschuldigt, mit Betäubungsmitteln gehandelt zu haben. Diese habe er *„gewinnbringend an noch unbekannte Abnehmer weiterverkauft, um sich hierdurch eine dauerhafte Einnahmequelle von einigem Umfang zur Finanzierung seines Studiums zu verschaffen.“*

Auch diese Behauptung ist völlig unbegründet. Frederik hat nie in seinem Leben mit Betäubungsmitteln gehandelt. Um sein

Studium zu finanzieren geht er nachweislich einer Lohnarbeit nach.

Die Beamten nahmen mehre Dinge aus Frederiks Besitz mit, darunter sein Handy, seinen MP3 Player, mehrere CDs und Festplatten, sowie seinen PC. Eine Hausarbeit, die auf seinem PC gespeichert war, muss er nun neu beginnen.

Wir verurteilen den Versuch der Staatsanwaltschaft Heidelberg, studentischen Protest zu kriminalisieren aufs Schärfste und solidarisieren uns ausdrücklich und umfassend mit Frederik.

Für uns steht dieser Fall von Repression im Zusammenhang mit den gewalttätigen Polizeieinsätzen gegen BildungsaktivistInnen, gegen Stuttgart 21-GegnerInnen und gegen die Castor-Proteste im Wendland und anderswo. Bundes- und Landesregierung wissen auf ihre schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung nicht anders zu reagieren als mit dem Einsatz von Gewalt und Unterdrückung.

Ob es eine Anklage gegen Frederik geben wird, ist noch nicht absehbar. Unabhängig davon sind ihm bisher jedoch 600 Euro Anwaltskosten entstanden. Der SDS Heidelberg hat beschlossen, Frederik mit Spendensammlungen und einer Soli-Party zu helfen. Wir gehen jedoch nicht davon aus, dass wir die gesamte Summe werden aufreiben können. Daher möchten wir euch, liebe Genossinnen und Genossen, bitten, uns dabei zu unterstützen.

Bitte spendet mit dem Verwendungszweck „Solidarität mit Frederik“ an folgendes Konto: solid e.V., Kto.: 111 197 2800, BLZ: 430 60967, GLS Bank.